ISRAEL NACHRICHTEN

חדשות ישראל

SONNTAG, 14. JULI 1974 • PREIS: IL 1.— יום ראשון, כ"ד בתמוז תשל"ד ★ המחיר: ל"י

[A]raber kommen in einer Delegation nach Genf

Der jordanische Informations-[mi]nister Adnan Abu Ode gab [be]kannt, die arabischen Länder [un]d die Palästinenser werden [bei] den Nahost-Verhandlungen [in] Genf durch eine gemeinsame [De]legation vertreten sein.

König Hussein wird sich am [Die]nstag nach Kairo begeben, [um] mit Präsident Sadat die Zu[sa]mmensetzung der Delegation, [der] ein PLO-Vertreter angehö[ren] wird, zu besprechen. Vor Er[nen]nung der Delegation sind je[doc]h die Meinungsverschieden[heit]en zwischen Jordanien und [den] Terrorverbänden beizulegen.

[J]asser Sohejn, einer der A[l-Fatah]-Führer in Damaskus, [spra]ch sich gegen jeden Ver[such], gemeinsam mit Jordanien [in e]iner Delegation in Genf zu [ersc]heinen, aus.

[Ges]tern haben in Kairo Vertre[ter] Syriens und Aegyptens nach [eine]r Sitzung des Rates der Ara[bisch]en Parlamentarischen Liga [eine] Erklärung abgegeben, in den [Entf]lechtungsabkommen sei nur [der] erste Schritt zur Räumung [der] besetzten Gebiete durch Is[rael] zu sehen. Beide Seiten pro[testie]rten gegen die „Aggressions[lust]keit Israels", die bei den [jüngste]n Angriffen gegen den Li[bano]n zum Ausdruck gekommen [sei.] Die arabischen Länder wer[den] ihre militärischen Vorberei[tunge]n fortsetzen, um jederzeit [mit] allen Mitteln gegen Israel [ve]rkämpfen zu können. Die [Dele]gierten beschlossen, bis Mit[te de]s kommenden Monats eine Sitzung von Vertretungen aller arabischen Parlamente einzuberufen.

Israelisches Konsulat in Strassburg

In einigen Tagen wird Israel in Strassburg, Frankreich, ein Konsulat eröffnen. Bekanntlich tagen der Europarat und das Europa-Parlament in dieser Stadt. Es wird dies das dritte israelische Konsulat in Frankreich sein. Zum Konsul wurde Menachem Carmon, der bis zum Abbruch der Beziehungen des Senegal in Dakar als Botschafter Israels amtierte, ernannt.

HELMUT SCHMIDT NACH MOSKAU

Bonn (UPI) — Der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt wird sich im Oktober oder im November dieses Jahres nach Moskau begeben. Dies wurde offiziell in Bonn mitgeteilt. Die deutsche Regierung — sagte der Sprecher — wird die Ostpolitik des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt fortsetzen.

Brandt sollte im Juni mit sowjetischen Führern in Moskau zusammentreffen, sagte jedoch nach der Entdeckung des kommunistischen Spions Guillaume im Kanzleramt die Reise ab. Sofort nach der Demission Brandts hatte der sowjetische Botschafter in Bonn die Einladung an den neuen Kanzler offiziell eingereicht.

USA NICHT FUER PALAESTINASTAAT

Aus gut informierten Kreisen in Washington wird bekannt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika nicht für die Errichtung eines separaten palästinensischen Staates in Erez Israel eintreten. Andererseits sagen diese Kreise, Israel müsse den Beschluss fassen, ob es mit den Palästinensern, mit den Jordaniern oder mit einer gemischten Delegation verhandeln will.

Die Amerikaner sind gegen die Errichtung eines palästinensischen Staatsgebildes zwischen Jordanien und Israel, weil dies der Amerikanern selbst Ungelegenheiten schaffen könnte. Washington sieht ein, dass sich Israel mit einem Palästina-Staat aus sicherheitspolitischen und aus geographischen Erwägungen nicht abfinden könnte. Auch ist Amerika an der Existenz eines solchen Staates, der wahrscheinlich unter sowjetischem Einfluss stehen würde, nicht interessiert. Bisher ungelöst ist noch die Frage, ob Israel in der nächsten Phase auf dem Weg zu einer Nahost-Regelung zuerst mit Aegypten oder mit Jordanien die Verhandlungen aufnehmen soll.

Bekanntlich zieht Israel die Fortsetzung der Verhandlungen mit Aegypten in der nächsten Verhandlungsetappe vor.

Sadat: Suezkanal fuer Israels Schiffe nach Friedensschluss offen

Alexandria (R) — Präsident Sadat sagte gestern dem dänischen Aussenminister, erst nach Aufhebung des Kriegszustandes wird israelischen Schiffen die Passage des Suezkanals gestattet werden.

Was die Palästinenser betreffe, sollten sie eine Delegation nach Genf entsenden, doch wird Aegypten die Abhaltung der Genfer Konferenz nicht von der Teilnahme der Palästinenser abhängig machen. Der Präsident erklärte, die Lösung des Palästina-Problems sei von entscheidender Bedeutung. **Die Regelung dieser Frage habe sogar vor dem Sinai-Problem den Vorrang.** Des ungeachtet glaubt Sadat, dass die Konferenz in Bälde abgehalten werden wird.

Der dänische Aussenminister informierte die Presse über diese Bemerkungen, die Sadat bei einer Konferenz mit ihm in Alexandria gemacht hatte.

Zu den Beziehungen Aegyptens mit der Sowjetunion meinte Sadat, obwohl Moskau den Besuch des Aussenministers Ismail Fahmi abgesagt habe, sei keine Krise in den Beziehungen beider Länder eingetreten. Allerdings, fügte der Präsident hinzu, könne er die Absage des Besuches nicht verstehen.

PLO: „NUR UNTER DRUCK"

Nicht aus Friedensbereitschaft, sondern nur unter dem Druck unserer Terror-Aktionen haben Israel und Washington eine neue politische Linie in den Verhandlungen mit den Arabern eingeschlagen, sagte ein PLO-Sprecher in Beirut. Er fügte hinzu, sein Verband werde die politischen und militärischen Aktionen verschärfen.

*

Fuenf „EOKA"-Fuehrer in Zypern in Haft

Die zypriotische Polizei nahm fünf EOKA-Führer fest. Unter ihnen soll sich der Verbindungsmann zwischen EOKA u. Athen befunden haben, in dessen Besitz belastende Dokumente angetroffen worden waren. Vergangene Woche hatte Präsident Makarios alle griechische Offiziere aus der Nationalwache entfernt und sie zum Verlassen Zyperns aufgefordert.

Jariw: Gespräche mit PLO unter gewissen Bedingungen

Rabin: Behandlung des Problems bedeutet nicht Anerkennung der palaestinensischen Identitaet

Informationsminister Aharon Jariw gab Freitag im Zahal-Sender eine Erklärung zur Palästinenserfrage ab, die derzeit von dem Kabinett behandelt wird. Der Minister sagte, Israel werde prinzipiell zur Verhandlungsaufnahme mit der Führung der Palästina-Befreiungsfront bereit sein, wenn dieser Verband die Existenz des jüdischen Staates Israel anerkennt, eine Erklärung über den Abbruch der feindseligen Handlungen abgibt und die Aktionen einstellt, sowie die Palästina-Deklaration für ungültig erklärt.

In dieser Deklaration hiess es, unter der Wiederherstellung der legitimen Rechte der Palästinenser sei zu verstehen, dass nicht nur an einen Rückzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten, sondern auch vom palästinensischen Territorium gedacht ist. Der Palästina-Staat werde auf den Ruinen des Staates Israel errichtet werden. Dieser Passus war auf der Tagung des Palästinensischen Nationalrates in Kairo vor einigen Wochen angenommen worden.

Des weiteren sagte Jariw, die arabischen Staaten erblicken in der PLO die Vertreterin des palästinensischen Volkes. „Wie werden wir mit einer Körperschaft Verhandlungen führen, die Mörder repräsentiert und angibt, die einzige Vertreterin der Palästinenser zu sein? Verhandlungen über das Schicksal des Westufers werden wir ausschliesslich mit Jordanien führen. Wir sind an der Fortsetzung des Dialoges interessiert und denken vor allem an Verhandlungen mit Aegypten".

Inzwischen wurde aus Washington bekannt, dass Kontakte „auf mittlerer Ebene" mit der Führung der PLO aufgenommen worden sind. „Bisher haben weder **Dr. Kissinger, noch Sisco oder Atterton** mit den PLO-Führern Direktgespräche geführt" meldete die New York Times.

RABIN STELLT DIE DINGE KLAR

Im Bet Berl erklärte gestern Ministerpräsident Jizchak Rabin vor IAP-Funktionären, die Behandlung des Palästinenserproblems bedeutet noch nicht die Anerkennung der palästinensischen Identität durch die Regierung Israels. Mit Verwunderung habe er diesbezüglich Meldungen in der Freitagausgabe der Presse gelesen. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn die Regierung und der Staat Ausdrücke gebrauchen würden, die von dem Thema abweichen. Das Problem besteht, doch würden alle Aussichten auf Herbeiführung eines Friedens erschüttert werden, wenn Namen oder Möglichkeiten erwähnt werden, die in der gegenwärtigen Situation nur unserer politischen Auffassung und Taktik schaden könnten. **Das Palästinenser-Problem kann nur mit Hilfe des „jordanischen Partners" gelöst werden.** Auf keinen Fall dürfe man von der Linie abweichen, dass Verhandlungen auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit mit Jordanien geführt werden müssen. **Eine Anerkennung der Palästinenser würde die Anerkennung des Feindes bedeuten, der die Vernichtung Israels zu seinem Ziel gemacht hat.** Aussichten auf einen Fortschritt der Regelung bestehen in den Verhandlungen mit Aegypten. **Die nächste Phase sieht nicht den Rückzug, sondern vor allem die Klärung der Frage vor, ob die Araber vom Krieg zu Frieden übergehen wollen.**

Wie aus Beirut gemeldet wird, werden Vertreter der PLO mit Jassir Arafat an ihrer Spitze Ende des Monats ein Freundschafts- und Zusammenarbeitsabkommen mit der Sowjetunion in Moskau unterzeichnen. Die PLO wird ein Büro in Moskau eröffnen.

Uri Avnery sagte, ein Kongress israelischer Araber werde dieses Jahr unter dem Vorsitz eines nicht genannten arabischen Staatspräsidenten „irgendwo im Nahen Osten" stattfinden.

DIE LETZTEN 24 STUNDEN

Polen und Portugal haben die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen.

Iran und Senegal haben neue Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet.

Frankreich u. die Sowjetunion werden die Wirtschaftsbeziehungen intensivieren. Frankreich wird Aluminium- und Ammoniakfabriken in der UdSSR errichten.

Zwei Häftlinge in der Haftanstalt des Washingtoner Gerichtes hielten gestern abends noch immer sieben Geiseln gefangen und forderten, ihnen ein Flugzeug zur Verfügung zu stellen.

Die Armee Aethiopiens hat einen Verwandten Haile Selassies, der einer der grössten Grossgrundbesitzer ist, festgenommen.

John Ehrlichman, ehemaliger Berater Nixons für innenpolitische Angelegenheiten, wurde im Zusammenhang mit der Watergate-Affäre von dem Obersten Gericht in Washington für schuldig befunden. Er läuft Gefahr, zu einer sehr hohen Freiheitsstrafe, bis zu 25 Jahren, verurteilt zu werden und ersuchte, das Verfahren in einer anderen Stadt fortzusetzen, weil Washington eine demokratische Hochburg ist, deren Einwohner in einem Geschworenengericht nicht Neutralität wahren können.

Portugiesische Soldaten in Mosambique wollen nicht mehr gegen die schwarzen Rebellen kämpfen. In einer Stadt verbrüderten sie sich mit den Rebellen und traten gegen sie zu einem Fussballspiel an. Erstmals gelang es den Rebellen, sich einer Stadt im Norden der Kolonie zu bemächtigen, deren Weisse in panischer Flucht das Weite suchten. Die Rebellen eroberten die Stadt Morumballa nördlich des Zambesi-Flusses.

Mit Jugoslawien, Mexiko und Iran wird Washington Verträge über Zusammenarbeit auf nuklearem Kernenergie-Gebiet abschliessen. Iran wird vorschlagen, den Nahen Osten zur kernwaffenfreien Zone zu erklären.

Dr. Kissinger wird in den nächsten sechs Wochen Gespräche mit den Vertretern Israels, Aegyptens, Syriens, und Jordaniens in dem Bemühen zur Fortsetzung der Genfer Konferenz führen. **Ismail Fahmi** sagte in Kairo zu dänischen Journalisten, Aegypten werde an der Genfer Konferenz nicht teilnehmen, falls Israel die Angriffe auf den Libanon fortsetzen sollte.

Trotz des drohenden Impeachments bereitet sich Nixon angeblich für eine Reise nach Japan und Europa in diesem Jahr vor. Kissinger und hohe japanische Beamte erklärten, über diese Pläne nicht informiert zu sein. Wegen der selbständigen aussenpolitischen Programme R. Nixons soll es zwischen ihm und Kissinger zu einem Zerwürfnis gekommen sein. Gestern verbrachte Nixon einige Stunden auf dem Rasen des Weissen Hauses mit einer chinesischen Sonderdelegation.

MdK Abba Eban traf in London mit Harold Wilson zu einem Privatgespräch zusammen.

DAS WETTER

Voraussage: Keine Veränderung der Luftfeuchtigkeit. Temperaturabnahme.

Temperaturen: Jerusalem 16—25; Tel Aviv und Haifa 20—27; Lod 18—28; Tiberias 20—32; Hermon 11—16; Golan-Höhen 15—24; Galil 11—25; Jordan-Tal 19—32; Hule 16—30; Emek Jesreel 20—29; Totes Meer 19—33; Beer Schewa 16—30; Ejlat 23—35 Grad.

תל־אביב–יפו

TEL-AVIV—JAFO

P. P. — שולם

139

Hakoah bleibt in der Nationalliga

Von unserem [...] Y-Sportkorrespondenten

[Hak]oah Makkabi Ramat Gan [fand sic]h den Weg zurück in die [Nation]alliga mit dem gestrigen [...]Sieg über Marmorek er[...]t. Da Hakoah bereits 8 [Punkt]e hat, wird das Spiel am [kommend]en Schabbat gegen Schim[schon] Tel-Aviv nur noch für [...] schon von grösster Bedeu[tung] ein. Schimschon steht nach [dem] gestrigen 2:0 Sieg über [Makka]bi Haifa an zweiter Stelle [mit 6] Punkten. Jefet war aus[gesch]ieden. Der Verein wird sich [am k]ommenden Schabbat sehr [bemüh]en, zumindest einen Punkt [zu gew]innen, um in die Natio[nalliga] aufsteigen zu können.

[Hapoel] Akko besiegte Makkabi [Schaar]ajim 4:3.

[Hapo]el Akko wird nächsten [Schabb]at gegen Marmorek antreten. Nur durch einen hohen Sieg könnte Akko — falls Schimschon gegen Hakoah unterliegt — in die Nationalliga aufsteigen. **Makkabi Haifa** muss den bitteren Weg in die A-Liga antreten.

Den Weg in die A-Liga erkämpfte sich der **Hapoel Alijat Kfar Saba** mit einem 3:0 über **Makkabi Bat Jam.** In der 20. Minute stand bereits das Endergebnis fest.

DIE TABELLE

Verein	Spiele	Torverhältnis	Punkte
Hakoah Ramat Gan	4	13—2	8
Schimschon	4	6—3	6
Hapoel Akko	4	8—8	4
Marmorek	4	5—6	3
Makkabi Haifa	4	3—7	2
Schaarajim	4	4—13	1

Makkabi Aschkelon besiegte **Zafririm Cholon** 4:0.

■

Die Polin Christina Kaspercik lief in Augsburg die 400 Meter Hürden-Strecke in 56.5 Sekunden und stellte damit einen neuen Weltrekord auf.

[Opfe]r des Bankkrachs muessen sich gedulden

[Die] Opfer des Bankkrachs, die [...Wertpa]piere bei Erez Israel—[Britann]ia deponiert haben, [müssen] sich gedulden und kön[nen ihr]e Einlagen noch nicht [zurücke]rhalten.

[Richt]er Löwenberg lehnte das [Gesuch vo]n von Rafael Dinari, der [Wertpa]piere im Wert von IL [...] in der Bank deponiert [hatte un]d die er gerichtlich zu[rückfo]rderte, mit der Begrün[dung ab], der Ausgang eines frü[her einge]reichten Verfahrens ge[gen die] insolvente Bank sei ab[zuwarte]n, da nicht nur der Klä[ger, so]ndern auch weite Kreise [der Ö]ffentlichkeit Ansprüche [an die] Bank zu stellen haben.

[Ein] **Sonderausschuss** wurde [von der] Regierung ernannt, der [den Zu]sammenbruch der Bank [untersuc]hen wird. Den Aus[schuss e]rnennen der Finanzmi[nister,] der Justizminister und [der Präs]ident der Bank Israel.

Die **Bank of England** forderte von der Bank Israel die Uebernahme der vollen Verantwortung für die Williams Bank in London, die durch ihr israelisches Unternehmen in Schwierigkeiten geraten ist. Die Bank of England droht, sie werde alle britischen Kredite für Israel sperren, wenn die Bank Israel nicht ihrer Forderung nachkommen sollte.

Drohung gegen die Bank

Die Polizei nahm in Haifa einen Mann aus dem Dorf Der el-Assad fest, der gegen den Direktor der Haifaer Filiale der Bank Erez Israel—Britannia Drohungen ausgestossen hatte. Der 40-jährige Maruf Mohammad el-Ali hatte ein Konto in der Bank. Er bedrohte den Direktor mit einem Revolver.

ALLON UND FAHMI NACH USA

Ende dieses Monats wird Aussenminister Allon sich zu Gesprächen mit Dr. Kissinger nach Washington begeben.

Wie bekannt wurde, wird sofort nach Abschluss der Gespräche Allons der ägyptische Aussenminister Ismail Fahmi in Washington eintreffen. Auch der syrische Aussenminister soll eine Reise nach Washington planen.

SCHMUGGELBANDE IN MARSEILLE VERURTEILT

In Marseille wurde am Freitag endlich einer internationalen Schmugglerbande das Handwerk gelegt, die unter dem Namen „Französische Verschwörung" bekannt war u. die die internationale Rauschgiftschmuggelbehörde lange Zeit in Atem gehalten hatte.

Brand in Jerusalem

In der Moraschа-Siedlung in Jerusalem brach gestern früh in einem Wohnhaus ein Brand aus, der einen schweren Schaden verursachte. Die Wohnungsbesitzerin, eine schwangere Frau, wurde mit ihren drei Kindern in ein Hotel transferiert. Eines der Kinder hatte mit einem Streichholz gespielt und die Wohnung in Brand gesetzt.

In tiefer Trauer geben wir das Ableben unserer teuren [Mut]ter, Grossmutter und Schwester,

EDITH JURGRAU, geb. Heller

[au]s Czernowitz, Witwe nach dem sel. Konrad Jurgrau), [bekan]nt.

Die Beerdigung findet **heute,** den 14. Juli 1974, um [...]0 Uhr, in **Kirjat Schaul statt.** Treffpunkt beim Fried[hofs]eingang.

DIE TRAUERNDE FAMILIE

110 Millionen Dollar taeglich fuer Munition

(WT) Die Zeitschrift der bulgarischen Armee „Narodna Armya" bringt eine Reihe von Interviews, welche die Unterstützung der arabischen Staaten für Syrien und Aegypten während des Jom-Kippur-Krieges beleuchten. Unter anderem berichtet die bulgarische Zeitschrift, dass Syrien und Aegypten während des Jom-Kippur-Krieges zusammen täglich je 110 Millionen Dollar für Munition ausgaben.

Zu Beginn des erwähnten Artikels bringt die „Narodna Armya" eine Reihe von Beispielen für die arabische Solidarität: am 8.10. vorigen Jahres eröffnete Algerien in Moskau ein Konto von 300 Millionen Dollar zum Waffenkauf für Aegypten; am 10.10.73 vergrösserten Libyen und die Ölscheichtümer diese Summe auf 850 Millionen Dollar und im Anschluss daran spendete Saudien 500 Millionen Dollar an Syrien und Aegypten. Irak gab lediglich 50 Millionen Dollar.

Uebermorgen — Wahlen zu „Schinui"

Am nächsten Dienstag wird sich die Bewegung „SCHINUI", die nach dem Oktoberkrieg als Protestbewegung entstand, in einer Wahl und in der Formierung d. führenden Gremien auf einer Tagung konstituieren. Die Bewegung fordert zahlreiche Aenderungen und die Schaffung eines demokratischen liberalen Zentrums mit den Unabhängigen Liberalen und mit der Bürgerrechtspartei. Sie zieht die Errichtung dieses Blocks einer Umformung der Protestbewegung in eine Partei vor.

FESTIVAL ERÖFFNET

In Jerusalem wurde das diesjährige internationale Musik-Festival feierlich eröffnet.

aus Israels PRESSE

BESTEUERUNG OHNE DISKRIMINIERUNG

„Haarez" erklärt. Finanzminister Rabinowitz habe nun. nachdem es ihm nicht gelungen war. Jerucham Meschel und dessen Genossen dazu zu bringen. der Abschöpfung eines Teiles der Teuerungszulage zuzustimmen. die Notwendigkeit gesehen. sich der üblichen Instrumente des Finanzministeriums zu bedienen. nämlich Steuern aufzulegen. Er will die Kriegsanleihe erhöhen und die Arbeitgebersteuer einführen. Rein sachlich kann man gegen eine weitere Besteuerung *zum Zwecke der Eindämmung* der Inflation kaum etwas sagen. Aber man muss eine Diskriminierung bei der Besteuerung mit allem Nachdruck ablehnen. Klar ist. dass Rabinowitz sehr wohl wusste. würde er die Mehrwertsteuer bereits jetzt einführen. er wieder einen Kampf mit der Histadrut zu bestehen hätte. Er ist mit einer Niederlage erst einmal bedient. Also wird die Kriegsanleihe auf Grund höherer Berechnungen kassiert: es mag dies nicht angenehm sein. aber damit kann man sich abfinden. Nicht abfinden jedoch darf man sich mit der absolut diskriminierenden Massnahme d. Arbeitgebersteuer. Selbst wenn es noch soviele Berechtigungen auf allen Gebieten geben mag. darf nichts getan werden. dass von einer bestimmten Schicht von Bürgern als klare Benachteiligung aufgefasst werden kann. *und das ist hier unzweifelhaft* der Fall. Man kann nur hoffen. dass der Finanzminister über den Gesamtkomplex noch einmal nachdenkt und dann eine andere Entscheidung fällt.

IM DIENSTE DER NATION

„Jerusalem Post" weist darauf hin. dass der Generalstabschef und der Chef der Luftwaffe beide darauf aufmerksam gemacht *haben. wie schwierig es heute ist.* trainiertes und altgedientes Offiziers- und Unteroffizierspersonal bei den bewaffneten Streitkräften zu halten. In Zeiten der Inflation. da in der Wirtschaft weit höhere Gehälter gezahlt werden als bei Zahal. wird die Situation noch schwerwiegender. Dazu kommt. dass bei den komplizierten Waffensystemen der jetzigen Zeit ausgebildete Techniker notwendig sind. Die Armee kann und soll hier keine Lohnkonkurrenz für die Wirtschaft sein. solche Dienste können nicht nur von der Bezahlung abhängig werden. Auch die Einstellung der Oeffentlichkeit der Armee gegenüber ist heute nicht so wie sie sein sollte. und das wirkt sich auf die Soldaten aus. Man kann nur hoffen. dass nunmehr die bewaffneten Kräfte wieder ihre totale Stärkung erfahren werden. so wie das notwendig ist. Schliesslich sind sie *nicht nur von militärischem* Wert. sie dienen auch als grosse Schule der Nation. als einigender Faktor zwischen vielen verschiedenartigen Kreisen.

DIE BANKAFFAERE ERWEITERT SICH

„Dawar" meint. es sei leider so. dass Tag für Tag ein neues Detail bei der Bankaffäre. die uns zur Zeit heimsucht. auftaucht. Dabei kann man sich Gedanken darüber machen. wie weit die Tätigkeit derartiger Banken gerechtfertigt ist. Dutzende Millionen D-Mark hatte die Bank Israel in der holländischen Fi*liale der Israel—Britannia-Bank* deponiert. Aber auch als bereits Verdachtsmomente aufgetaucht waren. hatte die Staatsbank noch keine Warnungen erlassen. Man muss sich wohl fragen. aus welchem Grunde eigentlich die Bank Israel. die ja bereits etwas wusste. als andere es nicht wussten. nichts all das in Gang setzte. was in solchen Fällen in Gang gesetzt werden sollte. Das sind recht schwerwiegende Fragen. *Schliesslich hat es ja schon in* der Vergangenheit solche Fälle gegeben, die uns eine Lehre sein sollten.

Die umstrittene Jerusalemfrage - eine Verhöhnung Israels

PAPST PAUL VI: HEILIGE STAETTEN BEDUERFEN INTERNATIONALEN SCHUTZES

Von AWIGDOR YESHA

Der Heilige Stuhl mag seine triftigen Gründe haben. warum er nicht mehr für eine Internationalisierung der Heiligen Stadt eintritt. Jedenfalls geschieht dies nicht aus Sympathie für Israel. Was Papst Paul VI. in seinem Gespräch mit Touristikminister *Mosche Kol gesagt haben mag.* ist — historisch betrachtet — nebensächlicher Natur und uninteressant. Von Anfang an war die Zusammenkunft als „gesellschaftliches. nicht als politisches Ereignis" bezeichnet worden. Viel bedeutsamer sind die Erklärungen. die Paul VI. im April und im Mai dieses Jahres zur Jerusalemfrage abgegeben hat. Einmal sprach er sich in einer allwöchentlichen Generalaudienz am *10. April für „angemessenen* internationalen juridischen Schutz der Heiligen Stätten" aus, wobei er gleichzeitig von der dringenden Notwendigkeit einer menschenwürdigen Lösung des Problems der Palästina-Flüchtlinge sprach. Der Papst erinnerte damals vor 15.000 Pilgern u. Touristen aus aller Welt an die anhaltende Konfliktsituation im Nahen Osten und an die „Problematik der Heiligen Stätten". die eines internationalen juridischen Schutzes bedürfen. ebenso wie das palästinensische Flüchtlingsprobleme eine rasche und menschenwürdige Lösung erfordere.

Kein Mensch im israelischen Aussenministerium. aber auch kein Geistlicher, den ich in Jerusalem ansprach. konnte mir sagen. was der Papst mit dem *„juridischen Schutz der Heiligen* Stätten" gemeint haben mag. Nicht ein einziges Mal ist es seit dem Juni 1967 vorgekommen, dass die Heiligen Stätten auf juridischen Schutz aus dem Ausland angewiesen waren. Der Zugang war frei. Jeder Pilger konnte seine Andacht. wo immer er wollte. verrichten. Internationaler juridischer Schutz scheint höchstens ein Deckmantel für den Widerstand gegen die Verwaltung der *Heiligen Stätten* durch Israel zu sein.

Anders ist die Forderung des Papstes nicht aufzufassen. der am 6. Mai eine persönliche Botschaft an den „zutiefst religiösen Staatschef von Saudien. König Feisal" gerichtet hatte. Zwischen dem Papst und König Feisal besteht Übereinstimmung darüber. dass die Frage der Heiligen Stätten in Jerusalem so bald als mög*lich einer Lösung bedarf. die* den Ansprüchen der drei monotheistischen Religionen — Judentum, Christentum und Islam — gerecht wird. sagte Kurienkardinal Sergio Pignedoli nach Abschluss eines dreitägigen Aufenthaltes in Riad. in einem Gespräch mit Radio Vatikan. Konkret auf das Problem Jerusalem eingehend. bemerkte der Kardinal. der auch Präsident des Sekretariates für die Nichtchristen ist. es **liege auch im Interesse Israels.** in dieser Frage „ein für alle Mal" eine Lösung zu finden. *damit die Heilige Stadt nicht auf* ewig ein Zankapfel bleibe. **Er würde es begrüssen.** sagte Pignedoli. **wenn eine entsprechende Lösung auf der nächsten Genfer Nahost-Konferenz gefunden werden könnte.**

DIE GRIECHISCH-ORTHODOXEN UND JERUSALEM

Genau so unklar, aber doch etwas versöhnlicher definiert ist die Haltung Athens zum Ökumenischen Patriarchat. sowie der Hinweis auf die Heiligen Stätten in Jerusalem. Hier werden die „Rechte des orthodoxen Patriarchats von Jerusalem" erwähnt. *Darüber wäre vielleicht eher zu* diskutieren. Diese Frage berührt in keiner Weise die souveränen Ansprüche Israels und das Recht Israels auf die Verwaltung der Hauptstadt, in der sich die Heiligen Stätten befinden.

Jahrelang dauerte eine Auseinandersetzung zwischen Athen und Konstantinopel innerhalb des griechisch-orthodoxen Patriarchats und hat im Phanar. wie der „Vatikan" der Orthodoxen genannt wird. grosse Verstimmung ausgelöst.

Jetzt trat ein Aenderung ein. die weitgehende Folgen hat. Eine Versöhnung ist eingetreten. Der Nachfolger von **Erzbischof Hieronymos, der Metropolit Serafim von Joannina.** ein dem Patriarchat ergebener Hierarch. ist als neuer Primas von Griechenland im Phanar lebhaft begrüsst worden. *Jüngst weilte ein offizieller Abgesandter des Patriarchen von* Jerusalem im Phanar.

Man hat dort bezüglich der Heiligen Stätten eine gemeinsame Linie gefunden: Zur Frage der politischen **Zukunft** Jerusalems will der Phanar keine Stellung beziehen. „Jenseits aller Politik" wird die universale Beachtung des (interkonfessionellen) Status quo an den Heiligen Stätten verlangt und vor allem der Rechte des orthodoxen Patriarchats von Jerusalem und der orthodoxen Bruderschaft vom Heiligen Grabe. Nachdem **Metropolit Barnabas,** Vorsitzender der Synodalkommission für auswärtige Beziehungen, bereits Ge*spräche in Jerusalem geführt hat.* wird der Metropolit Serafim noch in diesem Jahr Jerusalem besuchen.

Die Jerusalem-Frage wird also sehr bald beiss diskutiert werden. Wieder wird die Weltöffentlichkeit unserem Land Starrsinnigkeit vorwerfen. wenn wir uns dazu auf keine Kompromisse einlassen wollen. Der jordanische **Premier Rifai** äusserte sich hierzu: „Wenn wir von Truppentrennung an der Jordanfront sprechen. meinen wir den Rückzug Israels entlang des Flusses. vom Norden bis zum Toten Meer. in einer Entfernung. über die Übereinstimmung er*zielt werden muss." Bei solchen* Erörterungen kommt unvermeidlich die „palästinensische Frage" und das Jerusalem-Problem auf die Tagesordnung.

Israel ist von Feinden ... ben. die sich sehr „friedli... und human" auf öffentliche... bünen äussern. Genau so... **Senator Fulbright** währen... Verhandlungen **Nixons** ... **Breschnews** in Moskau e... „die Detente mit der Sowje... ist so wichtig. dass sie ... humanitäre Einmischunge... gunsten der Juden er... sprach UN-Generals... **Waldheim** über seinen Be... Khartum. Er sagte zu ... Treffen mit Terroristenf... „es war eine Zufallsbege... bei der ich weder subst... Gespräche geführt. noch d... sönlichen Hintergrund de... Führer gekannt habe".

Israel wird eben seine ... *„sehr unpopulär" weiters...* müssen. wenn es einsehe... dass man den allzu hum... kenden Persönlichkeiten ... immer entgegenkommen

NACH DEM KLARSFELD-URTEIL AKTUELLER DENN JE:

Harte Strafen für Naziverbrechen !

Die Verurteilung von **Beate Klarsfeld** durch die Erste Grosse Strafkammer des Kölner Landgerichts hatte eine Reihe von Protestkundgebungen ausgelöst.

In Paris protestierte die „Internationale Liga zur Wahrung *der Menschenrechte" vor der* Deutschen Botschaft. Eine Delegation der Kommunistischen Partei Frankreichs begab sich zum Botschafter der Bundesrepublik und überreichte ihm ein Protestschreiben. in dem die Einstellung jeglicher Gerichtsverfolgung gegen Beate Klarsfeld und die Auslieferung aller verantwortlichen Naziverbrecher an Frankreich gefordert wird.

In West-Berlin veröffentlichten *16 bekannte Geistliche einen* Offenen Brief. in dem sie in scharfen Worten gegen die Verurteilung von Beate Klarsfeld und die Straffreiheit für Naziverbrecher protestierten.

Die „Vereinigung der Partisanenkämpfer und Nazigefangenen in Israel" erklärte in einem Offenen Brief: „Mit der Veröffentlichung des Urteilsspruches der deutschen Richter gegen Beate *Klarsfeld erwies es sich erneut.* dass der Nazigeist noch in den deutschen Gerichtsinstituten weht. Die Vereinigung der Kämpfer und Partisanen gegen das Naziregime und die Überlebenden der Verfolgungszeit. die jetzt in Israel und in der ganzen Welt leben, prangern diesen frevelhaften Urteilsspruch an und wenden sich an alle Verbände der Widerstandskämpfer und Nazigefangenen und an alle Menschen *mit Gewissen und huma*nitären Gefühlen in aller Welt in den Ruf des Protestes einzustimmen und nicht zu schweigen. bis das beschämende Unrecht an Beate Klarsfeld aufgehoben und Lischka zusammen mit den anderen Naziverbrechern. die sich noch immer der Freiheit erfreuen, vor Gericht gestellt sind."

Die Histadrut schloss sich bereits dem Protest an.

Minister Gideon Hausner hatte sich nach Paris begeben, um dort in Gegenwart des israelischen Botschafters in Frankreich. Ascher Ben-Natan, mit Beate Klarsfeld zusammenzutreffen. Der Minister bezeichnete das Urteil von Köln als Rechtsverdrehung und forderte von Bundespräsident Scheel die Gewährung einer vollen Amnestie für Beate Klarsfeld.

Zwei deutsche Parteien haben sich inzwischen für die unverzügliche Bestätigung der deutsch-französischen Übereinkunft über die Verurteilung der Naziverbrecher ausgesprochen.

Diese Übereinkunft war Gegenstand der Beratungen zwischen dem französischen Präsidenten Giscard d'Estaing und dem westdeutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Der Bundeskanzler hatte seinem Gast bei dieser Gelegenheit zu verstehen gegeben. dass einer raschen Bestätigung dieser Übereinkunft durch den Bundestag erhebliche Schwierigkeiten vorangehen werden.

Als Ursache dieser Schwierig*keiten gilt. dass die Gesetzesän*derung in der Frage der Verfolgung von Naziverbrechen, die bereits seit dem Jahre 1971 dem Bundestag zur Beratung vorliegt, noch immer nicht verabschiedet werden konnte. Die Amerikaner *hatten sich* zwar *zur Zeit* der Nürnberger Prozesses für eine harte Bestrafung von Naziverbrechern eingesetzt. später aber selbst eine Erleichterung des Strafmasses gefordert. Dadurch sind viele Naziverbrecher mit einer verhältnismässig milden Strafe davongekommen und können nun nicht wegen des gleichen Vergehens nochmals vor Gericht gestellt werden. Jenen. die erst jetzt zur Verurteilung kommen. müssten daher gerechterweise ähnliche Straferleichterungen zukommen.

Die Freien Demokraten haben sich trotz all dieser Bedenken für eine einstimmige Bestätigung der Übereinkunft ausgesprochen. Einer ihrer Fraktionsmitglieder. Ernst Aschenbach der während der Nazizeit Leiter der Politischen Abteilung an der Deutschen Botschaft in Paris war. galt als Hauptgegner dieser Auffassung. Er hat jetzt auf seinen Widerspruch verzichtet. stellt jedoch die Bedingung, dass Naziverbrecher in Deutschland abgeurteilt und nicht an Frankreich ausgeliefert werden. Hierauf forderten die jungen FDP-Mitglieder den Ausschluss Aschenbachs aus dem Bundestag.

Die Sozialdemokraten erachten diese Gesetzeslücke. die Naziverbrechern Straffreiheit ermöglicht. als „unerträglich" und fordern sofortige Gesetzesänderung. Sie schliessen sich auch der Auffassung an. dass Ver*brechen in Frankreich* dort abgeurteilt werden müssen, auch wenn sich die Täter jetzt in Deutschland aufhalten

BEWEGUNG „ZUR AENDERUNG" FUEHRT WAHLEN DURCH

Die neue politische Bewegung in Israel, die sich „Le-Schinui" (für eine Änderung) nennt, wird am kommenden Dienstag die Wahlen für zwanzig Abgeordnete ihrer Zentrale in Beer-Schewa, Tel-Aviv und Jerusalem sowie in Haifa durchführen.

Am selben Tage findet eine **Tagung der Bewegung im Bnej Brit-Haus in Tel-Aviv statt,** bei der das Programm der Partei bestätigt werden soll.

BEDUINEN LERNEN PSYCHOLOGIE

Das Arbeitsministerium hält derzeit einen Fortbildungskurs besonderer Prägung im „Schaul Hamelech"-Hotel von Aschkelon. 21 Sozialhelfer aus dem Nordsinai nehmen daran teil. darunter vier Frauen. Die Betreuer des Kurses. Atar Katz und Eli Anwa. haben geäussert. dass die rege Teilnahme der Beduinen ihre Erwartungen übertroffen hatte und mit weiteren Fortbildungslehrgängen dieser Art zu rechnen ist.

Unter den Kursteilnehmern befindet sich auch die 35jährige Fatma Machsin. geboren in Jaffa und heute im Dorf Abu Tawila in der Nähe von Scheich Sawid und El Arisch verheiratet. Sie ist Mutter von sieben Kindern. von denen der älteste Sohn 15 Jahre alt ist. und hat auch noch die vier Kinder der Grossmutter in ihr Haus genommen. Jetzt hat sie ihren Mann und ihre Kinder verlassen und lernt Psychologie. Auch während der Kurstage trägt sie die traditionelle Beduinenkleidung: Hosen und darüber ein Oberkleid mit handgesticktem Muster. dessen Anfertigung 15 Arbeitstage erfordert.

Als die Aegypter im Sinai herrschten, hatte Fatma an einem christlichen Institut in Rafiah ihre Nähkenntnisse vervollständigt. Zu Fuss und auf einem Esel musste sie den langen Weg *zurücklegen. Sie konnte lesen* und schreiben und lernte so gut. dass sie anderen Beduinen im Nähen unterweisen konnte. Seit die israelischen Behörden vor etwa zwei Jahren eine Beratungsstelle in Scheich Sawid eingerichtet hatten, wirkt sie dort als Sozialhelferin. Sie verdient heute 500 IL netto im Monat, also einen Betrag, über den nur ganz wenige Beduinen verfügen können, ausgenommen jene, d. bei israelischen Baufirmen arbeiten. Für Fatma ist es etwas ganz Neues, auf eine so weite Reise zu gehen und in einem Luxushotel zu wohnen. Aber sie will selber lernen und an*deren Kenntnisse übermitteln.*

SUEDKOREANISC... BISCHOF VERHAF...

Der südkoreanische ... sche Bischof Daniel Ts... Soun ist bei der Rückk... *einer Europa-Reise vom* ... schen Geheimdienst ... worden.

Die katholische Pres... tur „Kathpress" meld... Montag in Wien. die Ve... sei am Samstagabend ... Der Bischof gehöre zu ... sönlichkeiten in Südko... die Unterdrückung de... kratischen Freiheitsrec... Bevölkerung des Land... kritisierten. Vor seine... reise aus Europa nac... wurde der Bischof a... Papst empfangen.

SUEDAFRIKA BI... IM TENNISVERB...

Der Internationale ... band hat einen Antrag ... schluss Südafrikas mi... Mehrheit abgelehnt. Sü... sche Kreise berichteten ... der geheimen Abstimr... Stimmen gegen Aussch... afrikas abgegeben wur... rend nur 86 sich daf... sprochen hatten.

Musik RUNDSCHA...

DAS ALTERNATIVPROGRAMM DES LETZTEN IPO-KONZERTS

Das Programm des letzten Abonnementkonzerts der Philharmonie blieb bei Beethoven, doch wurde nicht die Siebente. sondern die Dritte Sinfonie gespielt und anstelle des Klavierkonzerts von Skrjabin trat ein Mozart-Konzert. Das einleitende Werk. „In eius memoriam" vom *israelischen Komponisten* **Leon Schidlowsky** blieb auch für die höheren Serien. Schon allein. dass es behalten wurde, ist begrüssenswert. sehr erfreulich, dass es auch hier rauschend applaudiert wurde. Das Klavierkonzert in C-Dur, K. 467, von Mozart. das nun folgte, stellt auf dem Entwicklungswege der Konzerte des Meisters einen Haltepunkt, vielleicht eine Rückkehr zu mehr unterhaltender Musik dar, während die virtuose Seite für damalige Begriffe kühn ins Vordertreffen geführt wird. Durch fesselnde Interpretation, mit musikalischer Verinnerlichung, besonders im langsamen Satz. und brillantem Spiel brachte der Gastpianist **Vladimir Ashkenazy** diese Eigenschaften des Konzerts vortrefflich ins Gleichgewicht. **Zubin Mehta,** am Dirigentenpult, ging mit den Intentionen des Pianisten konform vor, und so wurde das Klavierkonzert in hoher Vollendung dargebracht.

Zum Abschluss, der auch die Beendigung der Abonnementkonzerte dieser Saison bildete, brachte das Philharmonische Orchester unter Mehta ... grossartige Aufführ... Beethovens Dritter Si... Eroica. Es war eine ... che Verschmelzung ... rung des Charakters u... vor der (natürlich eur... Tradition mit persön... staltung. Der Witzbo... sagen: *„Mehthoven".* ... dings Witze zu verst... man den rechten ... wissen. Hier ist es i... und besten Sinne ge...

YEHUD...

...er Arbeitsstil im Fin...

...Szenen aus d...

...Beiruts Zurückhalt...



Menschen und Szenen aus dem Alltag

...in anderer Arbeitsstil im Finanzministerium

Von SEEV TRONIK

...ls Jizchak Rabin vor weni- Wochen die Herkules-Arbeit Regierungsbildung beendet ...e, begab er sich zu Golda ...r, die ihn zu seinem Erfolg bewegten Worten beglück- ...schte. Bei einer Tasse Kaf- unterhielten sich die beiden Weile und am Ende des ...ndlichen Gesprächs sagte ...la: „Sie haben es gewagt, Verantwortung der Regie- ...sführung ohne die Mitwir- ...; Sapirs als Finanzminister ...bernehmen: diesen Mut hät- ...h nie aufgebracht."

...ass die Bürde des Finanz- ...sters im hoffnungslos ver- ...deten Staate Israel eine der ...schwersten ist und dass die ...rität und das Prestige jeder ...rung in weitem Masse von ...ähigkeiten und der Arbeits- des Mannes abhängt, dem ...Verwaltung der Staatsfinan- anvertraut wurde, darüber kein Zweifel bestehen. Es ...eshalb nicht verwunderlich, all jene, die sich Bild von der Stärke der ...en Regierung machen wol- ihr Augenmerk auf den ...Finanzminister Jehoschua ...owitz richten.

...e erste Bilanz, wenige Wo- nach dem Amtsantritt, sieht ...ähr folgendermassen aus: schmächtige, schüchterne ...owitz, mit der leisen Stim- der sich nie aufregt und ...geduldig die Anliegen seiner ...beiter und die Kritik seiner ...er anhört, hat sich überra- ...d schnell in sein neues Amt ...rbeitet. Bei seinem Auf- vor der Knesset und den ...nmedien hat er die Fach- durch sein grosses Wissen ...ein Verständnis der Grund- ...me der israelischen Wirt- in Erstaunen versetzt. In ...en Tagen ist es ihm gelun- ...ein Team von hochquali- ...en Experten zur Mitarbeit ...ur Beratung zu gewinnen. ...rund einer lückenlosen In- ...tion und einer tiefgründi- ...nalyse der jetzigen Lage ..., mit Hilfe seiner Mitar- seinen Plan der Wirt- ...sanierung ausgearbeitet. ...h als gut durchdacht und ...ch realisierbar erwiesen ...uch bei der Durchführung Planes hat Rabinowitz be- ..., dass er ein Mann der ...t, der es versteht, seine zu verwirklichen.

...aham Agmon, der Gene- ...ktor des Finanzministe- der viele Jahre einer der ...Mitarbeiter Pinchas Sa- ...ar und jetzt Rabinowitz ...Vorgesetzten hat, hat die ...chiede zwischen den bei- ...olgendermassen beschrie-

...ir verfügt über eine un- ...e Erfahrung. Er kennt ...ich alle Grosskaufleute ...dustrielle und weiss ge- ...wieviel Einkommensteuer ...len, nicht weil er ihre ...ur Einsicht verlangt hat- ...dern weil sie es ihm ...rzig erzählten. Sapir hat ...litzschnelle Auffassungs- ...nd befasste sich zur glei- ...Zeit mit einer Unmenge ...agen und Problemen. Er ...h schnell auf, findet aber ...einen Weg, um sich mit Kontrahenten wieder zu ...en. Seinem Wesen nach ...ir mit einem Vulkan ver- ...ar."

...oschua Rabinowitz hat ein ...deres Temperament und völlig anderen Cha- Er besitzt die Gabe der ...chen Dokumentation und ...efenanalyse. In relativ Zeit ist er in den Fragen, ...nen er sich beschäftigt, ...ich beschlagen und er es, bis zur Wurzel der ...ne vorzudringen. Er be- ...t sich mit nur wenigen zur gleichen Zeit. Er regt ...e auf, ihm scheint der ...faden nie zu reissen. Die ...apir jahrelang zusam- ...rbeitet haben, müs- ...jetzt einem völlig ande- ...beitsstil anpassen."

...EUE NACHBARN ...ER MAIMONSTRASSE

...30. Juni hat Golda Meir das bescheidene Gebäude in der Ben Maimonstrasse in Jerusalem, das der Staat dem jeweiligen Ministerpräsidenten als offizielle Residenz zur Verfügung stellt, verlassen. Aber einige Wochen werden noch vergehen, bis die Familie Rabin in das Haus einzieht.

Vor wenigen Tagen hat Frau Rabin die Räume inspiziert und sich Notizen über gewünschte Aenderungen und Ideen zur Möblierung und Aufstellung von Kunstwerken gemacht.

Am nächsten Tag kam der Ministerpräsident in höchsteigener Person und auch er brachte seine Absichten über die Möblierung und die Innendekoration gewisser Räume zu Papier. Wahrscheinlich hat das Ehepaar Rabin alle Fragen, die mit der Errichtung der Ministerpräsidentenresidenz zusammenhängen, diskutiert. Ob es sich über alle Details bereits geeinigt hat, wissen wir nicht.

Vor Presseleuten hat Frau Rabin erklärt, dass sie in ihren Ansprüchen bescheiden ist und nur die allernotwendigsten Aenderungen in der Wohnung und in den Anlagen des Hauses vorschlagen wird. Erst wenn alle Arbeiten beendet sind, so erklärte Frau Rabin, wird die Familie ihre Tel-Aviver Wohnung verlassen und nach Jerusalem übersiedeln.

EIN VORBILDLICHER SCHUELER

Als es klingelte, beendete der alte, kurz vor der Pensionierung stehende Lehrer seinen Satz und entliess die Klasse. Er selbst begab sich in das Lehrerzimmer, um sich auszuruhen. Aber kaum hatte er sich hingesetzt, da kam hinter dem Vorhang ein halbwüchsiger Junge hervorgesprungen. Er war mit einem dicken Knüppel bewaffnet und forderte den alten Lehrer auf, alle schlechten Noten in dem Zeugnis, das er am Vortage erhalten hatte, in „sehr gut" abzuändern. „Wenn du nicht sofort, vor meinen Augen, die Abänderungen einträgst, wirst du auf der Stelle erschlagen."

Der um sein Leben bangende Lehrer tat wie geheissen und händigte dem Jungen das beste Zeugnis aus, das er in seiner langen Dienstzeit ausgestellt hatte.

Der Junge steckte schmunzelnd das Dokument ein, dann zog er die Zeugnisse von fünfzehn Kameraden aus seiner Schultasche. Der Lehrer hatte gerade noch Zeit, die lebensrettende Arbeit bis zum Ende der Pause zu beenden. So geschehen am letzten Schultag vor den Sommerferien in dem Dorfe Djaldjulia.

Erst am nächsten Tage entschloss sich der eingeschüchterte Lehrer, bei der Polizei von Kfar Saba Anzeige zu erstatten. Der Junge wurde in der Wohnung seiner Eltern festgenommen. Vor dem Untersuchungsrichter erklärte er, er habe die Verbesserungen der Zensuren verlangt, weil seiner Ansicht nach die Lehrer selbst die Schuld an den schlechten Lernerfolgen vieler Schüler tragen. „Sie bemühen sich nicht genug, den weniger begabten Kindern den Lehrstoff zu erklären", rief er im Brustton der Ueberzeugung vor dem Richter aus.

Offene Fragen nach dem Bankkrach

von E. JACOB

In einer Gesellschaft in Tel-Aviv fragte vor zwei Jahren ein Gast einem Bankier: „Kann ich mein Geld der Bank Erez Israel-Britannia anvertrauen? Die Leute sind so höflich, und sie bieten so gute Bedingungen". Die Antwort war: „Wenn Sie sich auf ein Risiko einlassen wollen, um mehr Zinsen zu bekommen, dann tun Sie das. Aber kommen Sie mir nachher nicht mit Klagen."

Jetzt kam der Mann mit bitterer Klage zu dem Bankier, der ihn natürlich an das Gespräch vor zwei Jahren erinnerte. Unser Mann wird wohl sein eingezahltes Konto zurückbekommen, aber sein Vertrauen zu Banken ist natürlich tief erschüttert.

Was jetzt mit dieser Bank vor sich ging, ist kaum verständlich.

Nach dem Zusammenbruch von Feuchtwanger und Ellern stand die Bank Erez Israel—Britannia „auf der Liste", und alle möglichen Gerüchte waren über sie in Umlauf. Aber die Bank kam irgendwie über die Krise hinweg, und mit ihrer forschen Geschäftspolitik konnte sie sich wieder durchsetzen. Die Zinsen, die sie zahlte, waren durchwegs höher als die anderer Banken. Man bekam am Rothschild Boulevard in der Zentrale der Bank leichter Kredit als anderswo, aber man musste dafür auch erheblich mehr Zinsen hinlegen. Die „British Bank" (wie sie kurz genannt wird) war immer obenan. Auch bei Bilanzen und Dividenten war dies der Fall, die Rechnungen waren stets in Ordnung, und die Bank konnte hohe Dividenden zahlen. Hatten die Pessimisten Unrecht behalten?

Der einfache Bürger in Israel war dann ziemlich fassungslos, als er hörte, dass die Fusion zwischen Volkswagenwerk und Audi-NSU auf Widerstand **seitens der.... British Bank stiess.** Plötzlich wurde bekannt, dass diese Bank ein nicht unbeträchtliches Paket an Volkswagenaktien besass, und deutsche Wirtschaftszeitungen berichteten, wie der Anwalt Miron aus Tel Aviv der Fusion Schwierigkeiten bereitete, um mehr Geld zu bekommen. Israelische Bürger rieben sich die Augen: ihre Gelder werden hier im Lande festgehalten, und sie können nur hier deponierte ausländische Wertpapiere zum Ueberkurs des Natad investieren, und plötzlich hatte die Bank Erez Israel—Britannia im Auslande eine grosse Anlage, die nur spekulativer Natur sein konnte. Wer hatte hier die Genehmigung gegeben, u. warum darf diese Bank frei im Auslande operieren, während d. israelische Bürger unter harter Kontrolle steht.

Aber die Räder rollten weiter. Im Jahre 1969 war ein neuer Bankenkontrolleur, Dr. Meir Chet, ernannt worden, und dieser hat in den letzten Tagen die „Flucht nach vorn" angetreten. Wohl auf seine Veranlassung kamen der Presse Mitteilungen zu, dass er schon 1971 vor der Bank Erez Israel—Britannia gewarnt und auf dieses Finanzinstitut Druck ausgeübt hatte.

Im Juni hatte der Bankenkontrolleur erneut die Bank kritisiert, weil sie einen Betrag von 38.5 Mio. Dollar in der schweizer Bank „Populaire suisse" deponiert hatte. Anfang Juli musste der Generaldirektor der Bank Erez Israel—Britannia dem Bankenkontrolleur mitteilen, dass die Bank in Liquiditätsschwierigkeiten sei. Diese würde sich erst in einigen Monaten nach Freiwerden gewisser Depots im Auslande beheben lassen. Um die Situation zu überbrücken, schlug der Bankenkontrolleur vor, das Depot bei der schweizer Bank zurückzuziehen, aber plötzlich ergab sich, dass dieses belastet war. Der Direktor der hiesigen Bank Erez Israel — Britannia, Benzion, hatte sich ehrenwörtlich verpflichtet, dieses Depot nicht anzugreifen, solange Geschäfte nicht abgewickelt waren, die Aktionäre der hiesigen Bank — gestützt auf das schweizer Depot — getätigt hatten. Gerade das umstrittene Depot hat zum Scheitern der Verkaufsverhandlungen und zum Eingreifen der Bank Israel geführt.

Eine weitere Frage bleibt offen: die Bank Israel hat sich mit ihrem Eingreifen bei der Bank als Schützer und Verteidiger des kleinen Mannes hingestellt, der all seine Depositen ausgezahlt bekommt. Aber warum hat die Bank Israel, die doch schon seit 1971 wusste, dass die Bank Erez Israel — Britannia ein „Risikoposten" ist, bei der Parallelbank dieser Gruppe in England 38.5 Millionen Dollar auf vier Jahre angelegt. Die Bank Israel und der Bankenkontrolleur zetern über Mangel in der Gesetzgebung und über nicht ausreichende Kontrollmöglichkeiten. Aber welchen Sinn haben Kontrollgesetz, wenn die Staatsbank selbst sich auf solche zweifelhaften Investitionen einlässt. Der Präsident der Bank Israel hat erklärt, dass die Eröffnung des Kontos in London im Rahmen der Vollmachten der Staatsbank lag. Mag sein, aber nach den Informationen, die die Staatsbank über das Bankinstitut besass—mutet diese Anlage doch merkwürdig an. Der frühere Finanzminister Sapir, der mit dieser Investition in Zusammenhang gebracht wurde, hat sich beeilt, vor dem Finanzausschuss der Knesset zu erscheinen und hat dort erklärt, er habe von dem Depot nichts gewusst.

Wir haben keinen Zweifel an der Richtigkeit seiner Erklärung, aber offen bleibt die Frage: „Wer trägt die Verantwortung für die Transaktion in London, und ebenso ist zu fragen, ob die Staatsbank sich auf spektakuläre Transaktionen einlassen soll anstatt im Geschäftsleben als Vorbild zu dienen?"

WIE ES DIE ANDEREN SEHEN:

Beiruts Zurückhaltung im Nahostkonflikt

(NZZ) — Die ausserordentliche Versammlung der arabischen Verteidigungs- und Aussenminister im Rahmen der Arabischen Liga ist in Kairo zu einem Übereinkommen gelangt, deren Ziel sein soll, „dem libanesischen und dem palästinensischen Volk" gegen Angriffe Israels zu helfen. Die genaue Natur der Beschlüsse blieb geheim. Mahmud Riad, der Generalsekretär der Liga, hat erklärt, Massnahmen finanzieller, politischer und militärischer Natur seien vorgesehen.

Es handelt sich hierbei nicht um den ersten Unterstützungsbeschluss dieser Art. Dies lässt es ratsam erscheinen, die praktische Erfüllung der getroffenen Abmachungen abzuwarten, bevor man ihre Wirksamkeit zu beurteilen versucht. Doch gibt es ein neues Element in der gegenwärtigen Lage des Libanon: **Die libanesischen Behörden u. d. Palästinenser arbeiten jetzt zusammen.** Bei früheren Gelegenheiten hatten sie eher gegeneinander gewirkt. Beirut war früher unter der Hand bemüht, die Aktionen der Terrorverbände zu unterbinden, wenngleich an der Oberfläche und vor den panarabischen Foren der Anschein einer Zusammenarbeit gewahrt wurde. Diesmal jedoch haben die Terroristen selbst all ihren Einfluss eingesetzt, um die Versammlung der arabischen Minister zustande zu bringen, und sich nach Kräften bemüht, arabische Deckung und möglichst wirksame Unterstützung für Libanon zu erreichen. Die Palästinenser und die libanesische Delegation sind während der Konferenz weitgehend als eine koordinierte Kraft aufgetreten und haben versucht, gemeinsame Ziele zu erreichen. Dies war die Frucht von Koordinationsbemühungen, die zwischen den Leuten der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und der libanesischen Regierung vor der Konferenz stattgefunden hatten.

Beirut sah sich nach den israelischen Luftangriffen der vergangenen Wochen und den sie begleitenden Artillerieaktionen gezwungen, eine Entscheidung zu treffen: Wollte es fortfahren, die Palästinenser zu unterstützen, und ein Andauern der israelischen Aktionen in Kauf nehmen, oder wollte es gegen die PLO einschreiten, zum mindesten so weit, dass die Palästinenser ihre Aktionen reduzierten und die Grenzgebiete räumten? Vor dem Oktoberkrieg war die Wahl der libanesischen Regierung stets im Sinne einer gütlichen oder gewaltsamen Reduktion der Aktionsfreiheit der Terroristen ausgefallen. Diesmal scheint jedoch Libanon den umgekehrten Weg einschlagen zu wollen: den einer Solidarisierung mit den Terroristen und einer erhofften Zusammenarbeit mit der weiteren arabischen Welt. Die Zeitungen von Beirut geben viele Gründe für die geänderte Haltung ihrer Regierung an. So wird in der arabischen Presse allgemein angenommen und ausführlich dargelegt, es gehe den Israelis in der heutigen Phase nicht um blosse Vergeltungsaktionen, sondern um viel mehr. Die Israelis versuchten, so glaubt die arabische Presse, die „palästinensische Entität, die nun von der ganzen Welt anerkannt ist, auszulöschen". Sie hätten auch, so wird oft geschrieben, territoriale Ziele in Südlibanon, wo es ihnen darum gehe, die Quellen und Wasserläufe, die sich ins Jordanbecken entwässern, in Besitz zu nehmen. Gegenüber solchen Zielen, so schreiben die libanesischen Blätter recht einstimmig, bleibe dem Land nichts anderes übrig, als sich zur Wehr zu setzen.

Wie weit in der Tat die Regierung von Beirut durch Argumente dieser Art beeinflusst wurde, ist schwer zu beurteilen. Es kann sich auch um Gründe handeln, die man nachträglich anführt, um den getroffenen Entschluss und den Ansatz zu einer neuen Strategie der Zusammenarbeit mit den Palästinensern und der ganzen arabischen Gemeinschaft gegen Israel zu rechtfertigen. Deutlich ist eines: Der neuen Haltung Beiruts liegt eine neue Einschätzung der Machtverhältnisse zwischen Israel und den Arabern zugrunde. Es ist allgemeine arabische These, dass der Jom Kippur-Krieg das Gleichgewicht „entscheidend" zugunsten der Araber verändert habe. Beirut teilt diese Ansicht zum mindesten so weit, dass die libanesische Regierung heute ihr bestes Interesse in einer Zusammenarbeit mit dem arabischen „Kriegslager" sieht und nicht mehr wie früher in einer Eindämmung der von Libanon aus wirkenden Palästinenser.

Man muss freilich beifügen, dass die neue Linie in Beirut wahrscheinlich taktisch vorsichtig und mit allerhand Aufschüben und Unentschlossenheiten durchgeführt werden wird. Dies liegt in der Natur des vielseitigen und auf Kompromisse angewiesenen Staatsgebildes. Doch taktisch bedingte Inkonsequenzen sollten nicht den Blick von der wesentlichen Tatsache ablenken, dass Libanon heute sein Wohl relativ entschlossen auf der Seite der arabischen Kampfgemeinschaft gegen Israel sucht, nicht mehr wie früher in einer Art wohlwollender Neutralität. Ob diese Kampfgemeinschaft mit ihren finanziellen, politischen und militärischen Mitteln in der Lage sein wird, Beirut in den kommenden Monaten einen wirksamen Schutz zu gewähren, stellt unter den heutigen Umständen die Probe aufs Exempel dar, bei der es nicht nur um Wohl und Wehe Südlibanons gehen wird, sondern auch in einem weiteren Sinne um die Erprobung der arabischen These, nach der heute, um Radio Saut al-Arab (Stimme der Araber) zu zitieren, Israel nicht mehr in der Lage sein soll, den Arabern seinen Willen aufzuzwingen.

ARABISCHE PETROLEUMSTAATEN BESCHLIESSEN INVESTITIONEN

Die zwanzig arabischen Petroleumstaaten setzten gestern in Kairo ihre Konferenz über die Erdölprobleme fort.

Der Petroleumminister von Saudiarabien, Al Jamani, erklärte später in einer Pressekonferenz, es sei beschlossen worden, die Summe von 1,25 Milliarden Dollar in einen Fonds zusammenzufassen, dessen Aufgabe es sein wird, Investitionen sowohl in arabischen Ländern als auch in anderen Staaten vorzunehmen. Dabei will man darauf achten, sich mit Projekten zu beschäftigen, die andere Energiequellen, abgesehen von Erdöl, erschliessen wollen.

Die nächste Konferenz der arabischen Erdölminister wird im November dieses Jahres in Bahrein stattfinden.

SOWJETISCHER ATOMVERSUCH WIRD KOMMENTIERT

Als Beweis dafür, dass es bei den Gesprächen Nixon-Breschnew in Moskau eben nicht gelungen ist, eine vollständige Einstellung aller Atomversuche zu vereinbaren, nahmen amerikanische Kommentare gestern die Meldung über einen unterirdischen Atomversuch, den die Sowjetunion in der Nacht zu gestern durchgeführt hatte.

Norwegische Beobachtungsstationen hatten die Erderschütterungen durch diesen Atomversuch, der besonders stark gewesen sein soll, aufgefangen und darüber berichtet. Sie meinten, der Versuch habe sich zweifellos in **Kasakstan** abgespielt. Es ist damit zu rechnen, dass die Russen in den nächsten Wochen weitere Atomversuche dieser Art durchführen werden, nicht zuletzt aus rein politischen Gründen, die wie die Kommentatoren behaupten, durchaus mit dem Scheitern der darauf bezüglichen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zusammenhängen.

In Washington lehnte man gestern abend jede Äusserung zu dem russischen Atomversuch ab. Dennoch meinten im allgemeinen gut informierte Kreise, dass Prof. Kissinger in sehr absehbarer Zeit versuchen werde, mit der Sowjetunion die Gespräche über einen Vertrag, der diese Versuche abstellt, fortzusetzen.

LIBANESISCHE REGIERUNG MIT BRESCHNEW-VERSPRECHEN ZUFRIEDEN

Ausserordentlich befriedigt ist die libanesische Regierung, die gestern zu einer Sitzung zusammengetreten war, mit einer Botschaft, welche der KP-Chef der Sowjetunion **Leonid Breschnew** ihr zugesandt hatte. Dies berichteten gestern Zeitungen in Beirut.

Breschnew soll den Libanesen versichert haben, dass er ihnen und den arabischen Terroristen Abwehrwaffen aller Art und auch sonstige Hilfe zuteil werden lassen will, um sie in ihren Verteidigungskämpfen zu **unterstützen.**

CHET IN LONDON — ISRAEL-BRITANNIABANK ARBEITET IN ENGLAND WEITER

Der Verantwortliche für die **israelischen Banken in der Staatsbank, Chet,** traf gestern in London ein, um dort ebenfalls in der Angelegenheit der Bank Israel-Britannia tätig zu sein.

Inzwischen wurde aus Grossbritannien bekannt, dass die britische Tochtergesellschaft der Bank ihre Gelder aus Israel zurückgezogen hat **und ihre Tätigkeit in England ungestört fortsetzen will,** „bis die ganze Frage in Israel restlos geklärt sein wird.

Später wurde bekannt, dass die Zweigstelle der Bank Israel —Britannia in London alle Zahlungen eingestellt hat, da sie sich darauf berief, dass die israelische Staatsbank nur die Einlagen in Israel zu garantieren bereit ist. Daraufhin wandte sich die Bank of England an die Zweigstelle der israelischen Bank in England und verlangte genaue Auskünfte. Hier erwartet man für heute neue Komplikationen in dieser Angelegenheit.

Zarenträume im Indischen Ozean

Das nur elf Quadratmeilen kleine unbewohnte Korallenatoll Diego Garcia im Zentrum des Indischen Ozeans besitzt seit Monaten weltpolitische Bedeutung. *Als im Frühjahr Pläne des Pentagons* bekannt wurden, die kleine britische Insel mit einem Aufwand von fast 200 Millionen Dollar zu einem amerikanischen Marine- und Luftwaffenstützpunkt auszubauen, reagierte eine Reihe von Anrainerstaaten des Indischen Ozeans mit scharfen Protesten, allen voran die indische Regierung. Diese beriefen sich auf die 1971 von einer Mehrheit der UN-Vollversammlung angenommene Resolution, die den Indischen Ozean zu einer „Zone des „Friedens" erklärte, in der keine fremden Mächte militärische Stützpunkte unterhalten dürften. Obwohl eine amerikanische Kongresskommission inzwischen die Pläne des Pentagon abgelehnt hat, geht die internationale Diskussion um Diego Garcia weiter, wobei man voraussetzt, dass die amerikanischen Militärs über kurz oder lang doch ihren Willen durchsetzen werden.

Der Operationschef der US-Marine, Admiral Zumwalt, erklärte kürzlich: „Unsere Interessen im Indischen Ozean sind direkt mit unseren Interessen in Europa und Asien verbunden, vor allem mit unserem fundamentalen Interesse, eine weltweite stabile Mächtebalance zu erhalten. Weil sich im Raum des Indischen Ozeans im Laufe des nächsten Jahrzehnts global bedeutsame Mächteverschiebungen vollziehen können, müssen auch wir dort militärisch präsent sein." Der amerikanische Admiral bekam politische Schützenhilfe von *der amtlichen chinesischen* Nachrichtenagentur Hsin-hua, die schrieb: „Die gegenwärtige Expansion der sowjetrevisionistischen neuen Zaren im Indischen Ozean, *die langgehegten Träume* der alten Zaren zu verwirklichen."

Tatsächlich sind die amerikanischen Pläne für den Ausbau von Diego Garcia eine Antwort auf die ständig verstärkte Aktivität der sowjetischen Flotte im Indischen Ozean. Seit der Kubakrise hat die traditionelle sowjetische Landmacht systematisch ihre maritime Offensivkraft ausgebaut, ihre Mittelmeerflotte verzehnfacht und Stützpunkte am Ausgang des Roten Meers, an der afrikanischen Küste und am Persischen Golf errichtet. Nach der Oeffnung des Suezkanals wird die rote Mittelmeereskadra mit zwei Wochen Zeitgewinn den Indischen Ozean erreichen können und hier — bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen — der amerikanischen Marine sieben zu eins überlegen sein.

Mit dem Ausbau von Diego Garcia will das Pentagon das bisher einseitig gestörte Gleichgewicht wieder herstellen. Geplant sind vier Kilometer lange Rollbahnen, auf denen die grössten Luftfrachter, Transportflugzeuge, Düsenjäger und auch B-52-Bomber starten und landen können. Ferner soll der Hafen so vertieft werden, dass er Flugzeugträger und atomar gerüstete U-Boote versorgen kann; diese Versorgung macht auch die Anlage von Treibstoffdepots und *Munitionslagern mit* entsprechender Kapazität notwendig. Diego Garcia liegt etwa tausend Meilen südlich vom indischen Subkontinent, fast genau in der Mitte der Seewege von Singapur zum Kap der guten Hoffnung und nahe genug am Persischen Golf, um die Bewegung der Oeltankerflotten kontrollieren zu können. Amerikanische Marineexperten behaupten, dass die kleine Koralleninsel für den Indischen Ozean die gleiche strategische Bedeutung gewinnen könne, die Malta für das Mittelmeer besitzt.

Die sowjetische Presse unterstützt eifrig die geharnischten indischen Proteste gegen die amerikanischen Pläne: so schrieb das Organ des Moskauer Verteidigungsministeriums, „Krasnaja Swesda", „die USA verschärften durch die Ausweitung und Verstärkung des Netzes imperialistischer Stützpunkte im Indischen Ozean die Spannungen in diesem Teil der Welt". Dass die Sowjets bei dieser Auseinandersetzung selber den Balken im eigenen Auge ignorieren, ist nicht verwunderlich. Weniger verständlich erscheinen die indische Blindheit gegenüber der sowjetischen Aktivität und die gereizten Reaktionen Delhis auf die amerikanischen Gegenmassnahmen. Den maritimen Machtkampf der Supermächte kann man durch die Proklamation von „Friedenszonen" nicht verhindern, und es ist keineswegs unwahrscheinlich, dass sich an diesem Machtkampf in absehbarer Zeit auch China beteiligen wird, obwohl es die Friedenszonenresolution der Vereinten Nationen mit unterschrieben hat.

ISRAELISCHE GROSSBANKEN MELDEN FORTSCHRITT

Die **Discount Bank** hat einen Prospekt über ein Angebot von Aktien zum Nominalwert von IL 10 veröffentlicht, die den Inhabern der Stammaktien und der Stammaktien A der Discount Bank angeboten wurde. Der Preis für die Aktien beläuft sich auf 375% des Nominalwertes.

Die Muttergesellschaft des Discount Bank - Konzerns, IDB, will davon 95% übernehmen.

Mit Hilfe dieser Emission soll das Kapital der Bank um IL 59 Millionen vermehrt werden. Die Eigenmittel der Bank werden sich dann auf IL 330 Millionen gegenüber IL 276 Millionen belaufen.

Die Emission der Muttergesellschaft IDB mit einer Million Aktien im Nennwerte von je IL 20 ist zu 130% überzeichnet worden. Infolgedessen musste bei der Zuteilung von Aktien eine Repartierung vorgenommen werden. Bis zu IL 25.000 wurden 50% zugeteilt. Darüber hinaus 25%.

Die **Bank Leumi** hat in den Räumen ihrer Tochtergesellschaft für Wertpapiere, Tel-Aviv, Allenby 111, eine ständig offene Telex-Leitung zur Wallstreet in New York eingerichtet. Damit steht den Kunden der Bank Leumi ein neuer wichtiger Service zur Verfügung. Mit der Bank Leumi arbeitete in New York die Broker-Firma Loeb, Roades & Co. zusammen.

Kurz notiert

Die Diamantenabteilung des Handelsministeriums veröffentlicht neuerdings auch Angaben über das Auslandsgeschäft mit Edelsteinen und Perlen. Im Mai dieses Jahres führte Israel für 472.000 Dollar Edelsteine und 2.700 Dollar Perlen ein. Für den gleichen Monat wurde ein Export von 518.000 Dollar an Edelsteinen ausgewiesen, dagegen keine Ausfuhr von Perlen.

■

Die Möbelfirma „Danish Interiors", die von der neuen Importsteuer besonders betroffen ist, hat mitgeteilt, dass sie auf Lager vorrätige Möbel zum alten Preis weiterverkaufen wird. Andere Firmen haben ihre Kunden wissen lassen, dass sie darüber hinaus die sich ergebenden Mehrkosten absorbieren und die Preise nicht steigern werden.

■

Die Gesellschaft Amcor hat eine Bestellung in Höhe von 500.000 Dollar auf Ventilatoren u. Kühlschränke für Wirtschaftsbetriebe aus Australien erhalten. Die Bestellung kam von der Firma Airrac in Melbourne, die dort Amcor vertritt.

■

Mehrere grosse Firmen der Edelsteinbranche im Ausland haben Büros in den Räumen der neuen Edelsteinwerke gekauft, die im November in Ramat Gan eingeweiht werden wird. Verträge über Kauf von Räumen wurden mit Gesellschaften in Malland, Hongkong, Bangkok, Singapore und New York abgeschlossen.

Das Paradies der kleinen Ausbeuter (I

Eine der heute „beliebtesten" Preisfragen bei unseren Hausfrauen ist die, wieviel man der Hausangestellten, der lieben Oseret, pro Stunde zu zahlen hat. Die einen kommen noch mit sieben IL die Stunde davon, die anderen zahlen acht, manche sogar schon 10 IL, wobei zwar der Arbeitgeber Bituach Leumi einen möglichen Unfall und die *Abfertigung (Pizuim)* einzukalkulieren hat, während bei der Oseret von Einkommensteuer keine Rede ist. Das Gehalt für die Hausangestellte ist netto, *und wegen dieser Tatsache* wirkt der Beruf auch auf Büroangestellte verlockend. Man erzählt von jungen Angestellten, die entweder von vornherein nur fünf Tage in der Woche tätig sind, oder pro Woche unter wechselndem Vorwand einen Tag lang krank sind, um an diesem Tage in den Genuss des „goldenen" einkommensteuerfreien Gehalts der Hausangestellten zu kommen.

Von OBSERVER

Unter den vielen Geschichten, über die sehr von der Konjunktur begünstigten Angestellten gibt es viele Varianten: die eine verlangte acht IL die Stunde, Fahrgeld und Essen, das Essen jedoch nicht in Form einer Mahlzeit, sondern in Geld, da sie an „anderes Essen" gewöhnt ist. *Am Ende kam das Gehalt* auf IL 10 die Stunde heraus. Andere Hausangestellte sind zu Normen und „Leistung" übergegangen. Sie verlangen IL 50 für den *Vormittag und versprechen,* für diese Summe alles wunderbar zu säubern. Eine Hausfrau, die sich auf diese Regelung einliess, sah folgendes Ergebnis vor sich: Mit blitzartiger Geschwindigkeit und entsprechender Oberflächlichkeit war die werte Hausangestelte in allen Zimmern tätig und meldete nach etwa drei Stunden: „Ich bin fertig".

Aeusserungen der Hausfrau dass hier und dort Schmutz geblieben sei, dass noch dies oder jenes zu tun sei, fruchteten nichts. Sie kassierte ihre IL 50 und verschwand beleidigt. Sie kam nicht wieder, und zur „Strafe" blieb die Hausfrau mehrere Wochen ohne Oseret, bis sie eine neue fand, mit der sie zwar kein *Akkordabkommen abschloss,* der sie jedoch IL 10 die Stunde ohne Widerrede hinlegte. Kein Kläger — kein Richter, die Hausfrau musste sich den Gewohnheiten *des Zeitalters der kleinen Ausbeuter* anpassen.

★

Zu diesen zählen heute auch die Gasverteiler, die mit ihren Forderungen immer wieder die Gasgesellschaften und die Konsumenten in Unruhe versetzen. Jahrzehntelang war es eine Selbstverständlichkeit, die behälter in die Wohnunge tragen, aber in den letzten ren hat sich bei den Gasv lern eine beunruhigende kö liche Schwäche herausge Auf einmal sind sie „nicht imstande", die Ballons in Wohnungen zu bringen und langen, dass die Behälter a Hauswänden aufgestellt w *sollen.*

An sich leben die Ve nicht nur von ihren Gehä denn 99% aller Verbra zahlen einen schönen „tip" zu, um den Lieferanten in Stimmung zu halten. Aber das genügt nicht, und i taucht die Forderung na Anbringung der Ballons a Hauswand auf, wobei d Parterre wohnenden Fa sich mit Recht beschweren sie in der massenweisen stellung von Behältern ein schandelung des Bildes Wohnung sehen, und auss eine erheblich grössere I gefahr fürchten. Die Re raterin der Konsumenten de, die Anwältin Rut Bibi, te darauf aufmerksam, Druck und Drohungen in Frage ungesetzlich sin dass d. Verbraucher nicht geben müssen.

Die Gasgesellschaften (ein „goldenes Geschäft" sen können), dürfen alle chen Gebühren erheben. I bühr von IL 10.80 für Re *rung und für* Stempeln die in manchen Rechnung taucht, ist jedoch unges und sie muss nicht gezah den. Hier begeben sich d gesellschaften (vielleicht ren Verteilern angesteck ins Reich der „kleinen A ter".



Johannes Mario Simmel

UND JIMMY GING ZUM REGENBOGEN

ROMAN

98.

„Wenn dir nicht schlecht würde, hätten wir es schlecht geschrieben", antwortete Landau, absichtlich grob.

... denken Sie daran: Es kommt der Tag! ...

Wenn er nur kommt, wenn er nur wirklich kommt, bald kommt, wenn wir ihn nur alle erleben, diesen Tag, wenn wir ihn überleben, oh!, dachte Valerie.

„Weiter!" Landau neigte sich vor. „In dieser Zeit habe ich den Weg zu Martin Landau gewählt und, ich gestehe es — obwohl mir diese Erklärung und dieses Eingeständnis als das Schwerste erscheinen, was ich in meinem Leben zu ertragen hatte —, häufige geschlechtliche Kontakte mit ihm gehabt. Jetzt einen Moment. Wann wurde Heinz geboren?"

„Am 27. Mai 1926."

„Neun Monate zurück. April. März. Februar. Januar. Dezember ... August 1925."

„Mein Gott, August 1925. Da war Paul mit mir auf Ischia in Urlaub! Furchtbar heiss war es, aber *schön, so schön . ..*"

„Valerie!" Er hatte die Stimme ärgerlich gehoben. „Bitte, immerhin muss das hier stimmen. Er kann nicht mit dir zu dieser Zeit auf Ischia gewesen sein. Sonst hätten wir beide doch nicht ... Im Gegenteil, er war wieder dauernd verreist und nur ein-, zweimal in Wien, kurze Zeit — denn wenn er gar nicht dagewesen wäre, hätte er doch auch nie geglaubt, dass es sein Sohn ist!"

„O Gott."

„Nichts da, o Gott! Schreib: Besonders häufig war mein Mann in den Jahren 1924 und 1925 verreist. In dieser Zeit kam es daher zu zahlreichen intimen Vereinigungen mit Martin Landau. Schau nicht so, schreib!"

Sie schrieb.

„Paul Steinfeld und ich lebten damals ..."

... denn England greift an — und mit uns die jungen Völker!

„Wohnungsnot, Martin!" rief Valerie.

„Ich denke schon daran ... Lebten damals, als die Wohnungsnot in Wien noch sehr gross war, am Stadtrand, in Dornbach, bei einer gewissen Hermine Lippowski zur Miete in einer kleinen Villenetage, wo Martin Landau und ich uns unauffällig — warum schreibst du nicht weiter?"

Valerie sagte kaum hörbar: „Die Lippowski ..."

„Wir müssen sie erwähnen. Ganz bestimmt wird man sie als Zeugin vernehmen."

Valerie liess sich in dem alten Lehnsessel zurücksinken und starrte ins Leere.

„*Ich habe Angst, Martin*", flüsterte sie. „*Ich hab* solche Angst ..."

47

„Da sind Sie ja! Pünktlich auf die Minute! Nein, was ich mich freue, Sie wiederzusehen, Frau Steinfeld! Grüss Gott, grüss Gott! Bitte, treten Sie ein!" rief Hermine Lippowski. Sie war durch den verwilderten, kahlen Garten vor ihrem Haus geeilt und hatte das Tor geöffnet. Valerie immer noch die Hand schüttelnd, zog sie diese über einen schmalen Schotterweg vorwärts.

Das war vor sechs Stunden gewesen, um 15 Uhr an diesem Samstagnachmittag.

Nach dem Besuch bei dem Anwalt Forster hatte Valerie sich beeilt, in die Buchhandlung zurückzukommen und Martin Landau alles zu berichten, was sie nun wusste. Danach suchte sie im Telefonbuch die Nummer ihrer ehemaligen Hauswirtin.

„Hoffentlich lebt sie noch. Immerhin, das ist schon neunzehn Jahre her, dass ihr da eingezogen seid", sagte Landau.

„Warum soll sie nicht mehr leben? Die war damals doch höchstens vierzig."

„Und wenn sie umgezogen ist? Wenn sie kein Telefon hat?"

„Dann gibt es immer noch das Einwohnermeldeverzeichnis, in dem ich — da! Da ist sie! Lippowski, Hermine, XVII., Luchtengasse 137! Das war unsere Adresse! Das muss die richtige Lippowski sein!"

Es war in der Tat die richtige Hermine Lippowski, und als Valerie ihr sagte, dass sie dringend mit ihr sprechen müsse, schlug die Angerufene sofort vor, *sich noch am gleichen Tag zu treffen: „Sagen wir* um drei, bei mir?"

Und so läutete Valerie denn pünktlich um drei Uhr am Gartenzaun des kleinen, zweistöckigen Hausie fast ganz auf sich allein angewiesen, klagte Hermine Lippowski kam persönlich, um das Tor zu öffnen, wobei sie Valerie herzlich begrüsste. Leider sei sie fast ganz auf sich allein angewiesen, klagte Hermine Lippowski, an Valeries Seite durch den traurigen Garten gehend. „Alles muss man selber machen. Ich habe nur eine Bedienerin, die zweimal wöchentlich kommt, eine faule, unsaubere Person, aber was soll man tun, man muss froh sein, wenn man heutzutage überhaupt noch eine Kraft findet, nicht wahr, es wird immer schlimmer, man könnte glatt verzweifeln ..."

Valerie lauschte benommen. Sie war erschrocken über das Mass, in dem Frau Lippowski sich verändert hatte. Schön war sie auch vor neunzehn Jahren nicht gewesen. Aber doch zierlich und schlank, mit einem herb wirkenden Gesicht (‚apart' nannte man das), schwarzem Haar, schwarzen Augen und einer melodischen Stimme.

Jetzt war die Lippowski bei ihrer Kleinhei wie eine Kugel geworden, das Haar, ungepfle strähnig, stand ihr aschgrau vom Kopf ab, die *waren erloschen, halb verdeckt von den Lider* Mund war schmallippig und fest geschlosse Gesicht faltig. Valerie hatte rasch überlegt: diese Frau 1923 etwa vierzig Jahre alt gewese dann konnte sie noch keine sechzig sein. Sie sa aus, als wäre sie schon über siebzig ...

In der guten Stube ihrer Wohnung im Erdge servierte Frau Lippowski Tee und dazu alte, Kekse. Die gute Stube war noch genauso sc lich eingerichtet und vollgestopft, wie Valerie Erinnerung hatte. Hier schien die Zeit stehen ben zu sein.

Aus der Wohnung im ersten Stock ertönte tes Kindergebrüll und eine Frauenstimme, da len Gegenstände um.

Hermine Lippowski sah sich sogleich zu Klagen veranlasst: „Da hören Sie es! Ums Volksdeutsche! Hat man mir eingewiesen. Zw ne Kinder und ein Säugling. Das Geplärre u Krach Tag und Nacht, es ist zum Verrückt Natürlich hätte ich auf alle Fälle vermiet brauche das Geld. Ich hatte ein so nettes, Ehepaar — ganz wie Sie und Ihr Mann Aber nein, die Volksdeutschen haben sie r schickt vom Wohnungsamt. *Habe ich nehme* sen. Glauben Sie, diese Leute nehmen Rü irgendjemand nimmt heute noch Rücksich jetzt fängt das verdammte Balg auch noch a

Tatsächlich erklang Wehgeschrei eines Baby die Decke.

Frau Lippowski stampfte mit dem Fuss Wut. Dann lächelte sie verzerrt.

„Ich habe noch gar nicht gefragt, wie es geht! Ihnen und Ihrem lieben Mann und dem I

„Ich habe *Sorgen, Frau Lippowski.* Gros gen. Darum komme ich zu Ihnen."

„Sorgen? Erzählen Sie. Erzählen Sie mir

Der Säugling brüllte weiter, die Kinder und Valerie berichtete stockend zuerst, fliessen *zuletzt wieder stockend,* denn eine immer Beklemmung hatte sich ihrer bemächtigt. Da ihre Schlussworte: „Und wenn man Sie je Gericht befragt, Frau Lippowski, dann möc Sie herzlich bitten, so auszusagen, wie ich e geschildert habe."

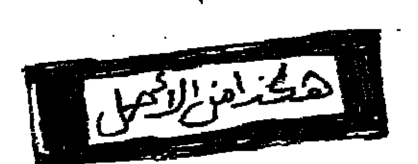
„Dass ich den Herrn Landau so oft hab men sehen, besonders wenn Ihr Mann verre und dass Ihr Mann und Sie immer gestrit eine ganz schlechte Ehe geführt haben?"

„Ja."

Die Frau mit dem wirren Haar sass reglo zu antworten.

„Frau Lippowski, bitte! Sie wissen doc worum es geht. *Zu Ihnen kann ich doch* Ve haben. Sie haben mir einmal selber erzählt, mit einem Juden verheiratet gewesen sind, Ersten Weltkrieg, 1918 noch, gefallen ist. S sen doch Verständnis haben für meine Situat erinnern sich bestimmt noch gut an meinen

(Fortsetzung folgt)



...egypten braucht dringend westliche Hilfe

...r Besuch der ägyptischen ...gation in Bonn (auf Grund ... Zusagen beim Besuch des ...aligen Kanzlers Brandt in ...) endete mit einem Abkom... das für den Nilstaat 500 ...onen DM Kapitalhilfe für ...ächsten drei Jahre vorsieht. ...oten steht damit auf der ...iste Deutschlands ganz ... ist jedoch damit anschei... noch längst nicht zufrie... Der Nilstaat ist auf weite... ...stliche Hilfe dringend an...sen. und Kairo wird sicher ... Schritte unternehmen. um ...evisen und Kapitalhilfe für ...ortentwicklung zu be...en. Dabei werden unter der ...g des Vizeministerpräsi... Dr. Hadjasi weitgehende ...e zur Reform der Wirt... und der erneuten Zulas... ...privater Elemente getan.

... Mangel an Devisen, aber ...die politische Orientierung ... hatte zu einer Auswei...les Handels mit Verrech...ländern, vornehmlich dem ...ck sowie afrikanischen u. ...chen Ländern geführt. Die ...erige Baumwolle, ägypti... Spezialität, ist Hauptein...quelle geblieben, und der ...l auf dem Textilmarkt zu ...eweben mit stärkeren ...vollanteil hat die Nach...steigen lassen. **Wie weit ...er die Baumwollernte ver...erden kann, ist Staatsge...s.** Angeblich sind grosse ...n zukünftiger Ernten an ...wjetunion für deren Waf...erungen verpfändet. Die ...uldung Aegyptens wird ...0 Milliarden Dollar ge...

... dieser Zwangslage trat ...en im Herbst vergange...res die Flucht nach vorn an. Der Devisenmarkt wurde gespalten und neben dem offiziellen Wechselkurs ein „Parallelmarkt" eingeführt, der vornehmlich von den beträchtlichen Ueberweisungen der Auslandsägypter gespeist wird. Sein günstigerer, an den Dollar gebundener Umtauschkurs ist ein begehrtes Mittel zur Finanzierung des Imports. Allerdings hat der vermehrte Pfundanfall zum Vorzugskurs auch inflationäre Wirkung. Bei steigenden Preisen subventioniert der Staat die für den einfachen Mann lebenswichtigen Nahrungsmittel. **Ein Brotfladen, dessen Herstellung zweieinhalb Piaster kostet, wird seit Jahren für einen halben Piaster verkauft. Aehnlich ist es bei Tee, Zucker und Salz, die allerdings zum offiziellen Preis oft nicht zu haben sind.**

WIEDER PRIVATE WIRTSCHAFT

Der gespaltene Devisenmarkt war der erste Schritt, der die Auflockerung der Wirtschaftspolitik einleitete. Seither wird mit der, wie sie offiziell heisst, „Politik der offenen Türen" eine Öffnung nach aussen und die Stärkung der Privatwirtschaft betrieben. Zu den typischen Folgen gehört, dass Angestellte staatlicher Betriebe in ihrer Branche private Unternehmen gründen, von denen sie sich das Glück des Unternehmers erwarten. Aegyptens Wirtschaft hat heute zwei Gesichter. Das Uebergewicht liegt im „öffentlichen Bereich", der „private Bereich" ist im Aufbau begriffen. Mancher ehemalige Unternehmer legt auf seinen enteigneten Betrieb keinen Wert mehr, weil das Kündigungsverbot Rationalisierung unmöglich macht.

DIE „LEIDENSFAHIGKEIT" DER BEVOELKERUNG

Der von den Zeitungen beschworene weltweite Drang ausländischer Investoren nach Ägypten hat sich, trotz mancher Anreize und des Angebots von günstiger Arbeitskraft, bisher in Grenzen gehalten. Die auf Frieden abzielende Politik Sadats wird das in zurückliegenden Jahren geschwundene Vertrauen wiederherstellen, so hoffen die Politiker am Nil. Zu Aegyptens hauptsächlichen Geldgebern bisher gehören gekrönte Häupter: König Feisal von Saudi-Arabien, Emir Sabah von Kuwait und Schah Reza von Iran. Ihre Dollar-Millionen für Gemeinschaftsvorhaben erlauben Aegypten, die derzeitige Uebergangsphase durchzustehen. Die volkswirtschaftlichen Regeln von einem Staatsbankrott hat Aegypten schon seit Jahren widerlegt. Ihm steht ein Faktor zur Seite, der in den meisten Entwicklungsländern die ausschlaggebende Rolle spielt, die Leidensfähigkeit der Bevölkerung. Ihr kann zugemutet werden, was in hochtechnisierten Zivilisationen längst zu Aufruhr und Gewalt geführt hätte.

Die entscheidende Aufgabe Aegyptens aber kann von der Wirtschaft nicht gelöst werden. Die Bevölkerung wächst ungeheuerlich. Die Ueberfüllung des Niltals und der Sieben-Millionen-Metropole Kairo sind körperlich spürbar.

Täglich kommen 3000 neue Esser hinzu, vor einem Jahrzehnt waren es „nur" tausend. Keine Wachstumsrate kann diesen Menschenzuwachs ernähren, bekleiden und unterbringen. Solange hier nicht Aenderung geschaffen wird, bleibt es bei der ägyptischen Redewendung: **„Mafiesh faida" — „Es gibt keine Hoffnung".**

ZIEL VERFEHLT. HAUS BOMBARDIERT

Der Pilot eines amerikanischen Starfighters hat in Muehlhausen (Ostbayern) versehentlich ein Bauernhaus bombardiert. Die Maschine flog einen Uebungsangriff auf den NATO-Manoeverplatz Siegenburg.

Der kanadische Pilot verschaetzte sich beim Abwurf der 18 Pfund schweren Uebungsbombe. Sie durchschlug eine Hauptstromleitung und das Dach des Hauses. Durch das Schlafzimmer fiel die Bombe ins Wohnzimmer. Der Bauer und seine Familie waren zur Zeit des Bombenwurfs nicht im Haus. Der Schaden wird auf 30 000 Mark geschaetzt.

Radioaktives Wasser in Mississippi geflossen

Wegen eines technischen Versagens in einem Atomreaktor unweit von Cordova im amerikanischen Bundesstaat Illinois ist leicht radioaktiv verseuchtes Wasser in den Mississippi geflossen. Wie ein Sprecher der USA-Atomenergiebehoerde mitteilte, besteht jedoch fuer die Bevoelkerung am Fluss keine Gefahr, da der Verseuchungsgrad weit unter der Gefahrengrenze liege.

Nicht jeder Voelkermord findet ein Echo

Von AWIGDOR YESHA

Scheinbar muss man Bomben werfen, Kinder ermorden und Erdöl-Interessen hinter sich haben, wenn man die Weltöffentlichkeit zu Mitleid, Sympathie und Protestaktionen gegen „niederträchtige Imperialisten und Zionisten" zwingen will. Am östlichen Fuss d. ecuadorianischen Anden, an den Quellflüssen des Amazons, wird ein kleines Volk systematisch in den Urwald zurückgedrängt und liquidiert. Niemand in den Kulturstaaten vergiesst eine Träne um die Shuar-Indianer, die als „Jivaros" oder „Kopfjäger" legendären Ruf geniessen. Ich will sofort bemerken: Dies war ein verfälschter Ruf. Die Schrumpfköpfe, die diese Stämme früher von ihren getöteten Feinden herstellten, um deren Kräfte magisch auf sich zu ziehen, sind nur noch in den Touristenläden der Hauptstadt Quito zu erhalten — und auch das sind Fälschungen. Die einst berüchtigten Blasrohre und Giftpfeile gehören der Vergangenheit an. Die Indianer kamen seither mit der sogenannten Zivilisation und mit der christlichen Religion in Kontakt.

Anschaulich wird in einem Beitrag in der „Neuen Zürcher Zeitung" über die Tragödie dieser Menschen berichtet, um die sich weder ein Gremium der Vereinten Nationen, noch irgendein humaner Verein oder eine Liga für Menschenrechte kümmert. Am Fuss der Kordilleren wiederholt sich heute die Geschichte des Wilden Westens. Der bis vor kurzem fast unzugängliche tropische Regenwald wurde zum Schauplatz eines gnadenlosen Kampfes zwischen weissen Siedlern, die aus dem Andenhochland herunterkamen, und den eingeborenen Indianern, die sich ihr Land nicht wegnehmen lassen wollen.

DER KAMPF UM DEN BODEN

Ecuador ist eines der grössten erdoelexportierenden Länder. Auch im Gebiet am Amazonas soll nach Erdöl gebohrt werden. Der Kampf um das Land kennt keine Rücksicht. Für ihre traditionelle Lebensweise brauchen die Shuar grosse Flächen an Land, wissen jedoch nicht, was „Privatbesitz" ist. Der Staat will ihren tausendjährigen Gemeinbesitz nicht anerkennen. Die Regierung will den Indianern „individuelle Parzellen" zuweisen. Die meisten Shuar aber weigern sich standhaft, ihre freie Lebensweise aufzugeben und sich in Dörfern zusammenzuschliessen. Sie könnten sich übrigens wirtschaftlich gegen die weissen Siedler niemals behaupten und würden ihre Parzellen in kürzester Zeit an Händler und an kapitalkräftige Siedler verlieren. Sie haben sich in einer „Vereinigung der Shuar-Zentren", einer von der Salesianer-Mission von Sucua unterstützten „Federacion de Centros Shuar", zusammengeschlossen, deren über hundert Untergruppen bis weit in den Urwald reichen. Die „Federacion" führt den Kampf gegen die Vernichtung durch die Kolonisierungspolitik der Regierung; gesprochen und unterrichtet wird in Shuar u. in Spanisch. Die eigene Sprache ist die Voraussetzung für das kulturelle und für das physische Ueberleben der Shuar, die sich vor allem mit Viehzucht befassen.

Lange haben die Shuar alle Einflüsse von aussen abwehren können. Sie schlugen schon die Heere der Inkas. Die Spanier, die die Shuar zum Goldwaschen in den reichen Flüssen zwangen, wurden von diesen Ende des 16. Jahrhunderts in einem blutigen Aufstand fast bis auf den letzten Mann niedergemetzelt.

VERACHTUNG FÜR GOLD

Gold bedeutete ihnen nichts. Den spanischen Gouverneur töteten sie, indem sie ihm flüssiges Gold einflössten. Die ersten Missionäre, die in ihr Gebiet eindrangen, wurden nie mehr gesehen. Erst vor 80 Jahren konnten sich die ersten Missionen im Shuar-Gebiet festsetzen und dann schrittweise in den Urwald eindringen.

ERSTE WEISSE SIEDLER

Auf die Missionäre folgten erst vor kurzer Zeit die ersten weissen Siedler. Vor zwei Jahren wurde eine primitive Strasse nach Sucua und Macas, ins Herz des Shuar-Gebietes, eröffnet. Jetzt verbindet ein Autobus das einst unzugängliche Flusstal mit einer Fahrtdauer von zwölf Stunden mit Cuenca, der nächsten Stadt jenseits der Kordilleren im Andenhochland. Die Kolonisation kann im grossen Stil beginnen. Die weissen Siedler begegnen den Shuar mit der Verachtung der Zivilisierten. Das Wort „Indio" wurde zum Schimpfnamen. Das beste Land in den Flusstälern nahmen sich die Siedler. Sie bauten ihre Städte mit Holzhäusern, —kirchen, und „Salons", die wie Filmstaffagen für Wildwestfilme aussehen.

IN DEN URWALD VERDRÄNGT

Immer tiefer werden die Shuar in den Urwald verdrängt. Sie sind Halbnomaden. Im Familienverband bauen sie sich grosse ovale Häuser aus Bambus mit einem bemerkenswerten Sinn für Architektur. Sie leben von der Jagd und pflanzen Yuca-Wurzeln. Die Shuar kamen mit der Zivilisation in Berührung und erkrankten. Masern, Grippe, Tuberkulose, gegen die sie keine Abwehrstoffe entwickelt hatten, nahmen verheerende Ausmasse an. Heute zählen die Shuar 17.000 männliche Mitglieder. Sie sind entschlossen, zu überleben.

SIE LASEN DIE BIBEL

Die Shuar lasen die Bibel, die ihnen die Salesianer-Missionäre beibrachten. Sie lasen, wie das Volk Israel in alten Zeiten überlebte. Vielleicht war dies die einzige Geschichtslehre, die sie erhielten und die ihnen Kraft zum Weiterleben gibt.

Nur mit bombenwerfenden Palästinensern hat die Welt Mitleid. Man kümmert sich weder um die Shuar, noch um die längst vergessenen Kinder von Biafra oder um die Bengalen in Bangla Desh. Das Beispiel der Shuar lässt erneut erkennen, wie gross und unbarmherzig die Macht des schwarzen Goldes ist, mit der auch wir uns zu messen haben.

Die Regierung der Schweiz hat vor einiger Zeit eine Reihe von Zollvergünstigungen für Waren aus Entwicklungsländern beschlossen. Diese Erleichterungen kommen auch Israel zugute, wie die die Handelskammer Israel—Schweiz mitteilt. Der neue Zolltarif kann täglich von 8—13 Uhr im Büro der Handelskammer Israel—Schweiz, Tel-Aviv, Bezalelstrasse 3, eingesehen werden.

RADIO und FERNSEHEN

...Sonntag, 14.7.1974

...richten: jede Stunde

Programm A:

...Morgenkonzert — Händel, ...nn. Bach, Mozart, Beet... Schubert, Schönberg; ...achrichten in englischer, ...n französischer Sprache; ...olkstümliches Hebräisch; ... Programm für Schüler ... Ferien: 11.45 Erzählun... Erez Jisrael — Ara...erricht: 12.05 Rezital ...holung) — der Pianist ...Foeldes spielt Sonate von ... und vier Impromtues ...ubert; 13.05 Mittags... Brandenburgisches Kon... 5 von Bach und Sym... Nr. 98 von Haydn; 14.10 ...ter und Kind; 15.05 Ra...n- mit Hochschulen: ...ieder der Völker — für ...und Schüler in den Fe... 5.50 Buchbesprechung: ...Eine Minute Hebräisch; ...Musica Viva"- Mauricio ...Auszüge aus seinen Wer... 55 Nachrichten in eng... 17.55 in französischer 17.05 Musik für Sonn...lioz: „Requiem" Opus 5 ...ung), Dirigent Collin 18.05 Ueber Menschen ...len: 18.30 Jüdische Ge... im Ausland: 18.50 Die ...aft unseres Landes: ...ür den Landwirt: 19.25 klassische Musik; 19.50 ...m aus der Bibel; 20.05 ...eren Konzertsälen- Va...aiski spielt Orgelwerke ...h und das Haifaer Sym...rchester unter Schmuel ...nn mit Irina Zarizkaya ...l spielt Werke von Schostakowitz, Mozart, etc. 21.25 Die Kunst des Liedes (Wiederholung)- die Musik von Benjamin Britten zu Sonate von Michelangelo: 22.05 Der Vorhang geht auf-; 23.05 Kammermusik- Beethoven: Klavierquartett Nr. 1; Prokofieff: Streichquartett Nr. 1; 00.05 Ein kurzes Gedicht.

Programm B:

6.10 Morgengymnastik; 6.20 Musikalische Uhr; 6.59 Eine Minute Hebräisch; 7.25 und 7.35 Gesänge: 7.55 Grünes Licht: 8.10 Morgenprogramm; 10.05 Für die Hausfrau; 12.07 Im Arbeitsrhythmus; 12.30 Unsere Lieder; 13.05 Nachrichten und Melodien; 14.10 und 15.05 „Dir und mir"; 15.52 Jüdische Bräuche und Begriffe; 16.05 Eine Minute Hebräisch: 16.06, 16.35, 17.05 und 18.05 Chansons; 16.30 Rätselraten- in Fortsetzungen- 17.55 Verkehrsampeln; 18.45 Täglicher Sportbericht; 21.45 „Persönliche Bitte" einer Gruppe von Zuhören- Lieder und Chansons; 21.50 Leichte Weisen; 22.05 Potpourri; 23.05 „Etwas anders": 00.05 „Alter Wein":

Sender H:

19.00 und 20.00 Nachrichten: 19.05 und 20.05 Melodie und Gesang.

Militärsender:

Nachrichten: jede Stunde. 6.05 „Guten Morgen"; 7.05 Morgenklänge: 8.05, 12.05, 17.05 und 00.05 Nachrichtenjournale; 9.05 und 10.05 Grüsse mit einem Lied; 9.55 Jerusalem-Gespräch; 10.55 Programm mit Uri Sela; 11.05 12.30, 13.05 und 13.55 Warm und schmackhaft; 11.55 Programm mit Schlomo Schewa: 13.30 „Stars und Stripes"; 13.55 Mitteilungen für Soldaten; 14.05 und 15.05 „Zwei bis vier": 17.05 Zahalchronik: 17.40 Chansons für jedermann; 18.05 und 19.05 Radiosport; 20.05 Wunschprogramm; 21.05 Radioauswahl- Wie sah der Jischuw im Lande im Jahre 1920 aus? 22.05 und 23.05 Heute abend- direkte Uebertragung- mit Uri Sela; 23.35 Mitternachtsgespräch- Midat Schiff: „Das Gegenteil hat viele Gesichter". In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen (1.30, 2.30 3.30, 4.30 und 5.30) leichte Musik, Chansons.

Schulfernsehprogramm in den Ferien:

10.00 Erzählung: Der Riese und sein Garten; 10.12 Was es auf der Welt gibt; 10.36 Programm mit Gil Aldema und Esaria Alon; 16.00 Handfertigkeitsunterricht; 16.21 Englisch; 16.43 Schach — achte Lektion: 17.05 Die Lehre von der Elektrizität.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten; 17.32 Die Brady-Familie: „Die Klassenkönigin"; 18.00 Buchstabenspiel; 18.30 bis 20.00 Programm und Nachrichten in arabischer Sprache: 20.00 Wochenschau für die Jugend: 20.30 Mabat; 21.00 „So ein Dieb wie Du"; 21.50 Drama-„Wir wollen Vivaldi ermorden" Erzählung über zwei Paare und das Verhältnis der Vier zueinander: Gewalttätigkeit wird zu einem untrennbaren Teil ihres Lebens: 23.30 Tagesabschnit. Nachrichten.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV:

ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Cinderella Liberty
CINEMA ONE: Some Like it Hot
CINERAMA: My Name is Nobody
CHEN: Snow-White and the Seven Dwarfs
DEKEL: Serpico
ESTHER: Papillon
GAT: Avanti
GORDON: Indian Summer
HOD: Park of Love
LIMOR: Tom Sawyer
MAXIM: Le Grand Bazar
MOGRABI: The Wedding Night
ORDAN: Libido
OPHIR: Last Chance
ORLY: Abu-al-Benat
PARIS: Cries and Whispers
PEER: Venical Sin
STUDIO: Big Eyes
TCHELET: Go West
TEL-AVIV: The Three Musketeers
ZAFON: My Name ist Nobody

RAMAT GAN:

KINO LILLY: 7.15 und 9.30 Uhr: Waterloo Bridge — Robert Taylor, Vivian Leigh
4.00 Uhr: World's Great Athlete

HAIFA

AMPHITHEATRE: Carnaval Violence
ARMON: The Sting
ATZMON: My Name is Nobody
CHEN: Papillon
MIRON: A Big Karate Hit
MORIAH: Traitemen de Choc
ORDAN: From here to Eternity
ORION: Sons of Thunder
ORAH: Daughters, Daughters
PEER: The Long Goodbye
RON: Big Eyes
SHAVIT: What the Peeper Saw

JERUSALEM

ARNON: Song of the South
CHEN: My Name is Nobody
EDEN: The Sting
EDISON: The Brave Wonderer
ORNA: 40 Carats
HABIRAH: Slaughter's big Rip-Off
JERUSALEM: Al Kapona and Company
ORGIL: Big Eyes
ORION: Sarit
SEMADAR: The First Circle
RON: Daughters, Daughters

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Sonntag nachts bis 23.00 Uhr: Bograschow 60, Tel. 223889, Jh. Hamaccabi 33 Tel. 449995.

Ramat Gan und Umgebung: Herzl 52, Tel. 722372.

Bnei Brak: wie Ramat Gan

Petach Tikwa: Chowewe Zion 13.

Herzlia und Umgebung: Sokolow 65.

Bat Jam: Ramat Josef.

Cholon: Elat 36/II

Natania: Herzl 2, Tel. 28656.

Ramle - Lod: Ramle Jabotinsky 13.

Beer Schewa: Schikun B. Bialik 5.

Haifa bis 21 Uhr: Kibbuz Galujot 42, Tel. 663058; **ab 21 Uhr:** MDA, Tel. 512233, Kirjat Elieser.

AERZTEDIENST:

Tel Aviv: Dr. Har Ewen Epsteinstr. 6, Tel. 443281.

Magen David Adom: Aerzte Nachtdienst T.-A., Tel. 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" T.-A. MDA Tel. 101 Gusch Dan: MDA, Hagilgalstr. 42, Tel. 781111, Ramat Gan; Aschdod; MDA, Tel. 22222; Natania; MDA, Tel. 23333; Bat Jam; MDA Telefon 863333; Cholon: MDA, Tel. 843132; Petach Tikwa: MDA, Tel. 912333; Zfat: MDA, Tel. 101; Rechowot: MDA, Telefon 951333; Rischon Lezion: MDA, Telefon 942333; Herzlia; MDA, Tel. 981333; Haifa: MDA, Tel. 101; Jerusalem: MDA, Tel. 101. Arad: MDA, Tel. 057-97222.

Kupat Cholim Merkazit: 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens: MDA, Tel. 101. Dr. Watts, Allenbystr, 50, Tel. 50888 (nur tagsüber); Dr. Marc Dona, Hachasmonaimstr, A, Tel. 248228.

Kupat Cholim „Assaf": Tel-Aviv: Tel. 101; Gusch Dan; Tel. 781111; Bat Jam: Tel. 863333; Cholon: Tel. 843133; Haifa: Allgemeiner und Kinderarzt. Tel. 254630.

DAS WORT HAT der Leser

VON POLIZEI UND AUTOS

Vor kurzer Zeit, war ein Artikel über die Tüchtigkeit der Haifaer Polizei in unserer Zeitung. Wo kann man davon etwas bemerken?

Bei einem Fussballspiel, fiel unseren Jungens der Ball in einen benachbarten Garten. Dort fanden sie zwei Munitionskisten voll mit Granaten. Wir wussten nicht ob es leere Hülsen, oder scharfe Munition war, und riefen die Polizei. Diese kam im Eiltempo. „In genau 45 Minuten". Zweimal rief ein Nachbar an. Aber immer hiess es: „Sie sind schon auf dem Weg."

Gott sei Dank! Es waren leere Hülsen.

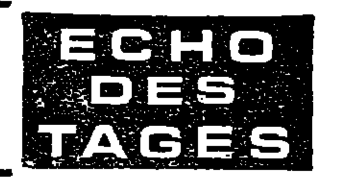
Viele Autos fahren nachts mit einem Licht in Haifa. Es ist strafbar, und sehr gefährlich. Ich habe noch nie einen Polizisten abends gesehen, der solch einem Auto ein Strafmandat gibt.

Auf der Rehov Balfour parken die Autos bis an die letzte Ecke. Als Autofahrer aus der Rehov Josef oder Rehov Jerusalem, in die Rehov Balfour einzubiegen, ist es oft ein lebensgefährliches Spiel. Man sieht nicht was von oben kommt, man sieht nicht was von unten kommt. Es sind dort schon genug Unfälle dadurch passiert. Nur einen Polizisten der diese Parksünder aufschreibt, habe ich dort noch nie gesehen!

Ich glaube, unsere Polizei schläft!

A. Neugeborn, Haifa

Dem Leser Mark Friedland, Pentagon 24/1 in Kirjat Motzkin sei mitgeteilt, dass die Antwort des Herrn Dr. Willi Thein an ihn per Post gesandt wurde, aber zurückkam, da die Adresse augenscheinlich nicht stimmt. Die Redaktion bedauert diesen Tatbestand.



מדיניות חוץ – ואמינות הממשלה

כהודעות פקיד „בכיר" אמריקאי מתברר, שארצות הברית רוצה להזיז מחדש את „עגלת" המדיניות המזרח־תיכונית, אחרי משא ומתן מכין בשבועות הקרובים בכוונתם לגשת לחידוש ועידת ג׳נבה.

שני רעיונות בפי הדובר האמריקאי. יש להגיע להסכם עם ירדן על הפרדת הכוחות, כדי שהמדינה הזאת לא תהיה „מקופחת" ויש למצוא דרך לשיתוף הפלשתינאים במשא ובמתן העתיד לבוא.

שני המהלכים של הפקיד בואשינגטון, אינם נראים לנו. אין אפשרות להפרדת כוחות דוגמת מצרים בירדן ואין ישראל יכולה לסגת לפי דרישת המלך הירדני, אם הוא מעוניין בפשרה עליו לעיין ב„תכנית אלון" וימצא בו דרך לסיפוק חלקי של דרישותיו.

אין אפשרות לשיתוף הארגון לשחרור פלשתין בועידת ג׳נבה. איננו בא בחשבון מצב, בו נשב באולם הדיונים עם אנשים המתנהגים ביום כדיפלומטים בג׳נבה, בעוד שהם או חבריהם פועלים כמרצחים בלילה. אחרים אולי מוכנים לשאת ולתת עם ג׳נטלמנים כאלה, אך על ישראל לדחות הצעה כזאת בשאט־נפש.

עד כה פעלה ממשלת רבין לפי העקרונות שהוכרזו כאן. כעת מהלכות שמועות, כאילו הממשלה רוצה לשנות את מדיניותה. תפנית כזאת תהיה שגיאה חמורה ותזיק לאמינותה של המשטר. האפשרות היחידה — שהוזכרה גם ע״י הפקיד האמריקאי — היא הידברות נוספת עם המצרים.

י. א. פ.

Aussenpolitik und Glaubwuerdigkeit der Regierung

Aus den Erklärungen eines nicht näher identifizierten „führenden amerikanischen Beamten" ergibt sich, dass die Vereinigten Staaten, den „Wagen" der Aussenpolitik im Nahen Osten wieder in Gang bringen wollen. In den nächsten Wochen sollen vorbereitende Verhandlungen stattfinden und diesen soll möglicherweise im September die nächste Phase der Genfer Konferenz folgen.

Mehrere Ideen brachte der amerikanische Beamte vor. Er dachte an neue Verhandlungen mit Aegypten, die einen weiteren Rückzug Israels zur Folge haben sollen. Neue Kontakte mit Kairo — das ist auch die Parole Rabins, ohne gleich auf die Konsequenzen einzugehen, die der amerikanische Sprecher angedeutet hatte.

Daneben dachte der amerikanische Sprecher auch an eine Truppenentflechtung am Jordan, damit der Staat Husseins angesichts der bereits erzielten Fortschritte nicht „benächteiligt" wird. Ferner machte er darauf aufmerksam, dass eine Form für die Beteiligung der Palästinenser an der Genfer Konferenz gefunden werden muss. Auf die Amerikaner hat es anscheinend grossen Eindruck gemacht, dass die Russen vorbehaltlos die Befreiungsorganisation für Palästina unterstützen wollen und dass sie Arafat zu einem offiziellen Besuch in Moskau eingeladen haben.

Trotz allem kommen die beiden amerikanischen Vorschläge für Israel nicht in Betracht. Verteidigungsminister Peres hat überzeugend dargelegt, warum von einer Truppenentflechtung —verbunden mit Rückzug — am Jordan keine Rede sein kann. Dort ist niemand verflochten, und Jordanien hat dort keinen Krieg gegen Israel geführt. Wenn König Hussein eine territoriale Aenderung erreichen will, so kanna ihm nur geraten werden, das Programm des Aussenministers Allon (den Allon-Plan) zu prüfen, der ihm die Möglichkeit gibt, teilweise Konzessionen zu erreichen. Von einem Rückzug, wie ihn sich Hussein vorstellt, will Israel nichts wissen.

Ebensowenig kann von der Beteiligung der Befreiungsorganisation für Palästina in Genf die Rede sein. Wir werden uns nicht in der Schweiz mit „Gentlemen" an den Verhandlungstisch setzen, die sich am Tage als Diplomaten gebärden, während sie oder ihre Helfer nachts als Wegelagerer in Siedlungen eindringen u. ihr Ziel in der Ermordung von Frauen und Kindern sehen. Diese doppelte Buchführung mag anderen bequem sein, die Regierung Israels ist jedoch verpflichtet, jeden Kontakt mit den Mörderverbänden energisch abzulehnen. Erst wenn die Palästinenser sich andere Vertreter suchen, die nicht vom Schandmal des Terrorismus und des Blutvergiessens gezeichnet sind, kann über Debatten mit dieser Bevölkerungsgruppe die Rede sein.

Der amerikanische Sprecher deutet „fein" (andere werden sagen weniger fein) an, dass die Regierung Rabin wegen ihrer schmalen parlamentarischen Basis schwer Entscheidungen treffen könne. Er ist im Irrtum. Das Kabinett hat sich verpflichtet, vor Beschlüssen über territoriale Aenderungen im Westufergebiet im Wege von Neuwahlen die Bevölkerung zu befragen. Aber zu dieser Verpflichtung hat sich nicht nur die Regierung mit der schmalen Basis bekannt, auch das Kabinett mit der RNP hatte diesen Grundsatz in ihr Programm aufgenommen, und hier ist keine Aenderung zu erwarten.

Letztens sind Gerüchte in Umlauf, dass das Kabinett in der Frage der Palästinenser oder Jordaniens seine Politik ändern will. Vor einer Revision der bisherigen Stellungnahme, die gar nicht so unelastisch ist, wie sie hingestellt wird, kann nur dringend gewarnt werden. Die Glaubwürdigkeit der Regierung wird dann auf dem Spiel stehen, und im Grunde genommen ist nur die Möglichkeit neuer Kontakte mit Aegypten denkbar.

J.Z.P.

Kirjat Schmona wurde vernachlaessigt

Mehrere tausend Personen haben in den letzten Jahren Kirjat Schmona verlassen, weil es die Landesbehörden unterlassen haben, die notwendige Infrastruktur zu erstellen. Zu diesem schweren Vorwurf kam die Arbeitskommission der Knesset in einem Bericht vor dem Parlament. „Mit Bedauern", stellt die Kommission fest, sei sie nach einem Besuch in der Entwicklungsstadt zu diesen Schlussfolgerungen gekommen.

Im einzelnen wurde festgehalten, dass Klagen der Lokalbehörden an das Einwanderungsministerium, man möge mehr und verschiedene Typen von Einwanderern in die Stadt senden, auf taube Ohren gestossen sind. Erst jetzt habe es das Ministerium für notwendig gehalten, die Errichtung von 50 Wohnungen für neueingewanderte Selbständigerwerbende in seinem Budget vorzusehen. Das Wohnbauministerium habe es unterlassen, in seiner Planung Wohnungen für kinderreiche Familien einzubeziehen, obwohl diese den Grossteil der Stadtbevölkerung ausmacht. Jungehepaare finden in Kirjat Schmona nicht ihren Gehältern angepasste Wohnungen, heisst es im Bericht weiter. Dann wird noch festgestellt, dass ein ganzes Stadtquartier immer noch von offenen Abwässerleitungen durchzogen ist.

Auch was die Zukunft angeht, so äussern sich die Berichterstatter nicht allzu optimistisch. Wohl habe man nach dem Blutbad in der Stadt versprochen, mehr Arbeitsplätze und Sozialeinrichtungen zu schaffen und Elendswohnungen durch Neubauten zu ersetzen, doch habe man andererseits unterlassen, Kirjat Schmona auf diesem Gebiet absolute Priorität einzuräumen. Es bleibe daher zweifelhaft, ob Bauunternehmer überhaupt in der Lage sein werden, die notwendigen Bauten zu errichten, da einzelne Regierungsabteilungen untereinander wetteifern, die Bauunternehmer anderswo zu beschäftigen.

»Milwe Rechesch 1974« bis 31. März 1975 in Kra[ft]

Nach der Kabinettssitzung am Freitag in Tel Aviv, in der über die neuen Besteuerungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Beschlüsse gefasst wurden, traf der Bevollmächtigte für Staatseinnahmen, Mosche Neudörfer, mit der Presse zusammen und erklärte, die Regierung habe die Minister für Finanzen und Recht ermächtigt, der Knesset eine neue Gesetzesvorlage unter dem hebräischen Namen „Milwe Rechesch 1974" vorzulegen. Hierbei handelt es sich um eine einmalige Anleihe, die am 31. März 1975 ausser Kraft treten wird.

Neudörfer gab hierzu folgende Einzelheiten bekannt:

Besteuert werden Einkünfte von Einzelpersonen in Höhe von 2.25 Prozent im Jahr. Da aber das Inkasso erst Mitte des Jahres beginnt, wird die Steuer tatsächlich drei Prozent ausmachen. Somit werden ab Juli bis März nächsten Jahres drei Prozent monatlich von jedem Gehalt und Einkommen von angestellten Arbeitnehmern und von Selbständigen abgezogen. Die Arbeitgeber werden eine ähnliche Summe, 2.25 Prozent, als Anleihe von dem an die Arbeitnehmer ausgezahlten Gehalt zu zahlen haben. Auch diese Abgabe ist in Monatsraten von drei Prozent bis April 1975 zu leisten.

Keine Zwangsanleihe ist auf Ueberstunden und Prämien vorgesehen.

Die Zwangsanleihe wird nach zehn Jahren zurückgezahlt, sagte Neudörfer. Sie wird mit drei nicht indexgebundenen Prozenten steuerfrei verzinst. Die Anleihe selbst ist jedoch an den Teuerungsindex gebunden. Die Regierung will auf diese Weise 600 Millionen IL eintreiben.

Ein Verheirateter mit zwei Kindern wird beispielsweise bei einem Einkommen von IL 1.300, wofür er ab diesem Monat eine Teuerungszulage in Höhe von IL 117 erhält (gegenwärtig zahlt er 99 Pfund Steuerabgaben einschliesslich der Zwangsanleihe), IL 9.70 und die in der Vorwoche beschlossene Auszahlung auf die Kriegsanleihe in Höhe von IL 12.90 mehr als bisher zahlen.

Ein verheirateter Arbeitnehmer, der IL 1.800 verdient, erhält diesen Monat eine Teuerungszulage in Höhe von IL 183. Er wird um IL 21.30 mehr wegen der neuen Anleihe und ausserdem IL 28.40 auf Rechnung der früheren Anleihe zahlen müssen.

Wer IL 2.500 im Mo[nat ver]dient und IL 210 Teuer[ungszu]lage erhält, zahlt die [,Milwe] Recheschʼ in monatliche[n Raten] von IL 41.50 und die [...]che Kriegsanleihe in H[öhe von] IL 55.20, zusammen IL [...] Monat. Neudörfer fügt[e hinzu,] er glaube, dass diese Ab[...] reits am 1. August [...] Monatsgehältern gemac[ht wer]den.

REAKTION DER HISTADRU[T]

Offiziell reagierte di[e Hista]drut am Freitag noch [...] den Regierungsbeschlus[s ...] herrschte gewisse Zufri[edenheit,] dass das Kabinett dem [...] der Histadrut stattgab u[nd ...] Prämien oder Ueberstu[nden nicht be]steuert hat. Der Spre[cher der] Histadrut verwies auf [...]zipielle Forderung, dass [...] ern gerecht verteilt u[...] nur Arbeitnehmer beste[...] den dürfen. Zu der ne[uen An]leihe wird die Hista[drut] Stellung nehmen, wenn [...] über die Einzelheiten d[er] Wirtschaftsmassnahmen [...]gierung informiert wer[den.] Weiterhin besteht die [...] auf Einführung einer [...]steuer, auf das Inka[...] Wahrheit entsprechen[...] ern" bei den vermögen[...]sen, sowie Indexbind[...] Einkommensteuerschul[...]

In Haifa wird heute Mangel an Brot befuerchtet

Haifa wird höchstwahrscheinlich heute nicht unter Brotmangel leiden, erklärte am Freitag ein Sprecher des Arbeiterrates der Stadt. Er sagte, bis auf sieben Frauen haben fast alle Arbeiter der Bäckerei Katz Arbeit gefunden. Rechtsanwalt Ehud Cohen gab eine beruhigende Erklärung ab. Obwohl die Bäckerei Katz, die bisher etwa dreissig Prozent des in Haifa benötigten Brotes lieferte, geschlossen wurde, haben andere Bäckereien Vorbereitungen getroffen, um alle Bezirke beliefern zu können.

Die Bäckerei Katz wurde nach 37-jähriger Tätigkeit geschlossen. In den Morgenstunden des Freitags musste die Polizei den Leitern der Bäckerei den Weg in ihre Arbeitsräume ebnen, da die Arbeiter einen Hungerstreik proklamiert und den Arbeitsleitern das Betreten des Werkes verwehrt hatten. Die Arbeiter sagten, sie streiken, weil sie höhere Entschädigungen fordern. Die Bäckerei war wegen ihrer „unrentablen Arbeit" geschlossen worden.

Josef Berkowicz, Vorsitzender des Arbeiterrates der Bäcker, sagte, die Arbeiter bestehen darauf, dass alle Rechte der entlassenen Arbeiter gewahrt bleiben und die Auszahlung der Entschädigungen vor Schliessung der Bäckerei erfolgt. Die Arbeiter verlangen die Auszahlung der doppelten Entschädigungssumme, die im Vertrag genannt ist. Der Arbeiterrat von Haifa hatte vorgeschlagen, den Arbeitern 50 Prozent mehr auszuzahlen. Dies wurde abgelehnt, weil viele Arbeiter, die im Alter von 18 ihre Arbeit aufgenommen hatten, mit 55 Jahren die Arbeit einstellen und keine Aussicht auf Neueinstellung haben, sagte Berkowicz. Solange diese Frage nicht geregelt sei, werden die Arbeiter den Abtransport der maschinellen Einrichtung der Bäckerei nicht zulassen. Von 105 Arbeitern des Unternehmens haben 45 Arbeiter Aussichten, erneut permanent von anderen Bäckereien in Haifa angestellt zu werden. Der Leiter der Bäckerei, S. Katz, sagte, alle Entschädigungen werden laut Vertrag bis auf die letzte Agora ausgezahlt. Die Angelegenheit werde allerdings erneut mit M. Meirowitz vom Haifaer Arbeiterrat erörtert. Josef Berkowicz war skeptisch und erklärte, soweit ihm von anderen Arbeiterräten der Bäckereien mitgeteilt worden ist, werden sie am Sonntag nicht mehr als an anderen Tagen arbeiten.

HOEHERE ALTERSRENTEN

Arbeitsminister Mosche Bar-Am erklärte, dass die Höhe der Altersrenten und der sozialen Beiträge an Minderbemittelte in Zukunft 21 Prozent des Durchschnittseinkommens im Lande betragen wird. Hierzu kommt die volle Teuerungszulage, die an diese Empfänger ausgezahlt werden wird. Dies beschloss unter Leitung der Knessetabgeordneten Schoschana Arbeli-Almozlino der Arbeitsausschuss der Knesset.

KAITANA IN AKKO

In Akko ist eine Kaitana (Ferienheim) für notbedürftige Kinder aus dem Westufergebiet errichtet worden. 600 Kinder werden in drei Gruppen je drei Wochen lang in dem Heim leben.

Polizei weist Anschuldigungen de[r] staedtischen Beamten von Akko zur[ück]

Der Polizeisprecher sagte, es sei nicht wahr, dass die Polizei empfahl, einem Bewohner von Akko eine Genehmigung für die Errichtung einer Geflügelschlachtstelle zu geben, um ihn von seinen Selbstmorddrohungen abzubringen. In Sachen der Lizenz hat sich die Polizei in keiner Weise eingemengt und sich zu dieser Frage nicht geäussert, da sie hierzu nicht befugt ist. Mit dieser Erklärung reagierte der Sprecher auf die Verlautbarung der städtischen Angestellten von Akko, die wegen d. Intervention der Polizei einen [...]streik proklamiert hat[ten. Der] Polizeisprecher fügte [hinzu, an] diesem Tag habe die [...] einen Lagebericht aus[...] Hätte die Stadtverwa[ltung von] Akko eine polizeilic[he ...] verlangt, wäre die Po[lizei] gegen den Mann ein[geschritten.] „Es ist verwunderlich[, dass der] Bürgermeister der Sta[dt Äusse]rungen machte, in d[enen er] schliesslich der Polize[i die Ver]antwortung für die [...] aufgebürdet wird."

aus dem Lan[de]

Zum ersten Mal wurde in Jerusalem der Schabbatbeginn genau um 19.10 Uhr und nicht wie vor der Einführung der Sommerzeit eine halbe Stunde vor Beginn des Ruhetages durch Sirenensignale eingeleitet. Die Signale wurden gestern auch genau bei Schabbatausgang um 20.30 Uhr gegeben.

In Jenin explodierte eine Sprengladung in einem arabischen Taxi. Niemand erlitt Verletzungen. Die Polizei [hat eine] Untersuchung eingelei[tet.]

HAIFAER ZOLLP[OLIZEI] FASST GRIECHIS[CHEN] SCHMUGGL[ER]

Die Haifaer Zollpo[lizei deck]te am Freitag einen [Schmuggel]versuch auf. Ein g[riechischer] Schiffs-Offizier wollte [in einem] Koffer eine grosse M[enge aus]ländischer Zigaretten [...] schmuggeln. In der[m] Koffer wurden auch [...] Apparate und Alkoho[l ...] Die Einfuhrzölle hätt[en sich] über IL 5000 belaufe[n. Der Of]fizier musste 10.000 [...]fe zahlen.

Der Koffer war in [der Dop]pelwand der Kajüte [des ...]offiziers entdeckt w[orden.]

HERMON SKILIF[T] WIEDER VORBE[...]

Mitte dieser Woch[e wer]der die Vorbereitun[gen für die] nächste Wintersaison [am] Hermon in Angriff [genommen.] Dies gab der Direkto[r der ...]chen Touristikgesell[schaft be]kannt. Etwa eine ha[lbe Million] Pfund sollen in die [...] vestiert werden. Der [...] wird erneuert und [...] Drahtseilbahn errich[tet.]

STREIK IM RUNDFUNK WURDE ABGEBROCHEN

Der Streik der Verwaltungsbeamten der Sendebehörde ist abgebrochen worden. Gespräche des Arbeiterrates der Beamten mit dem Vorsitzenden der Sendebehörde, Walter Ejta, und mit dem Generaldirektor Jizchak Livni brachten keine positiven Ergebnisse, doch werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Ejtan sagte, die Streikenden hätten bereits „ihre Macht" fühlen lassen. Nun sollten sie die volle Arbeit aufnehmen und sich zu Verhandlungen bereit erklären. Jizchak Livni, der vorgestern aus dem Ausland zurückkehrte, erklärte sich zu Verhandlungen bereit, appellierte jedoch ebenfalls, zur Arbeit unverzüglich zurückzukehren.

Die Vertreter des Arbeiterrates wollten anfangs nicht einlenken. Sie bemerkten, „unserer Rundfunkbehörden-Leitung kann man keinen Glauben schenken". Sie blieben bei der Forderung, ihre Bedingungen den im Rundfunk und Fernsehen angestellten Journalisten gleichzustellen. Sie sind nicht bereit, ihrer Arbeit auf Grund des Vertrages mit den Staatsangestellen nachzukommen. Jizchak Livni wollte die Haltung der Rundfunkleitung zu den Forderungen bekanntgeben, doch liessen ihn die Vertreter des Arbeiterrates nicht zu Wort kommen. Wie wir erfahren, schlug Livni vor, dass die Angestellten die Arbeit aufnehmen und sofort bei Arbeitsantritt von Informationsminister Jariw empfangen werden, der sich verpflichten will, mit ihnen binnen zwei Wochen die Verhandlungen abzuschliessen. Auch dieser Vorschlag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt: Die Streikenden wollten die meisten Nachrichtensendungen einstellen und keine weiteren Arbeiten der Sekretärinnen der Nachrichtenabteilungen zulassen. In den späten Abendstunden am Freitag bahnte sich ein Kompromiss an, der die volle Aufnahme der Sendungen ermöglichte.

ZUKUNFT VON BNEJ ATAROT UND BET DAGAN NOCH UNGEWISS

Ein Unterausschuss des Innenkomitees der Knesset erklärte den Vertretern der Siedlungen Bet Dagan und Bnej Atarot, die Regierung habe noch nicht entschieden, ob diese Siedlungen von den Bewohnern geräumt werden müssen. Die Bewohner gaben ihrer Besorgnis über die ungewisse Zukunft ihrer Siedlungen Ausdruck. Aus diesem Grunde seien alle Entwicklungsprojekte vorläufig zurückgestellt worden.

Der Unterausschuss unter dem Vorsitz des Knessetabgeordneten Jedidia Beeri informierte die Vertreter der Siedlungen über die Gespräche, die er in ihren Angelegenheiten mit einigen Ministern geführt hatte.

Indien unternahm vor vier Monaten einen Atomversuch, der jedoch misslang, erklärte der kürzlich aus Peking zurückgekehrte Senator Jackson und beschuldigte die Nixon-Administration, den Indern Plutonium trotz des misslungenen Versuches geliefert und damit zu dem nächsten Versuch beigetragen zu haben.

Goren konferierte mit MdK Rafael ueber Fragen des Koalitionsbeitritts

Oberrabbiner Schlomo Goren konferierte vorgestern mit MdK Jizchak Rafael (RNP) über Fragen des Koalitionsbeitritts der Religiösnationalen. Wie bekannt wurde, informierte Rafael den Oberrabbiner, seine Partei werde in den nächsten Tagen offiziell den Obersten Rabbinatsrat um die Genehmigung des Koalitionsbeitritts ersuchen.

Der Generalsekretär der RNP, Zwi Bernstein, sagte allerdings, die RNP werde sich an den Rabbinatsrat erst nach dem Einverständnis der IAP-Führung mit dem vorgeschlagenen Kompromiss über die neue Formel „Wer ist Jude" wenden.

Der Knessetabgeordnete Akiba Nof unterbreitete den Vorschlag, ein oberstes Forum von Koalitions- und Oppositionsabgeordneten zu errichten, welches die Beziehungen zwischen Israel und seinen Nachbarländern erörtern sollte. Der Abgeordnete gab die Erklärung bei einem Vortrag im akademischen Kreis des Freien Zentrums ab. Er sagte, solange in Israel keine Notstandsregierung an der Macht ist, sollte man auf diese Weise eine von allen Parteien befürwortete politische Linie über den Dialog zwischen Israel und den Arabern ausarbeiten.

HOLLAND FUER GOLDA MEIR

Eine Meinungsumfrage in Holland ergab, dass die Bewohner dieses Landes Frau Golda Meir für die mutigste und klügste Frau halten. Erst an zweiter Stelle in der Umfrage stand die königliche Familie der Niederlande.

ISRAEL NACHRICHT[EN]
[חד]שות ישראל

TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPR[ACHE]

— Nr. 163 —

Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel.
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Redaktion: Tel. 30014
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32[...]
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52

[...]onsparteien lehnen [...]kommen an die RNP a[...]

Regie[...]

GEGEN RÜCKKEHR ZU GRENZEN VON 1967

USA-Finan[...] Rueckgan[...]

[...]owlansky